



Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Zusammenarbeit statt Konfrontation»

Russlands Einschätzung zur aktuellen europäischen Sicherheitslage und mögliche Lösungen

Rede des russischen Ministerpräsidenten Dimitri Medwedew auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 13. Februar 2016

Dimitri Medwedew
(Bild wikipedia)

zf. Im folgenden dokumentieren wir die Rede, die der Ministerpräsident der Russischen Föderation, Dimitri Medwedew, anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2016 gehalten hat. Auch diese Rede eines führenden russischen Poli-

tikers wurde in deutschsprachigen westlichen Medien nirgendwo vollständig dokumentiert. Statt dessen wurden erneut nur einzelne Sätze herausgegriffen, um wieder einmal die gesamte russische Politik in ein schlechtes Licht zu stellen und damit leider nur das zu bestätigen, was in dieser Rede mit grosser Sorge formuliert wird, nämlich dass die Welt in einen neuen Kalten Krieg geraten ist, der auch in einer Katastrophe enden könnte. Um so mehr lohnt es sich, dem grundsätzlichen Gehalt dieser Rede wirklich gerecht zu werden. Über die politische Analyse in dieser Rede und die erneuten Angebote an uns im Westen sollten wir ernsthaft nachdenken, anstatt sie abzutun.

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kollege Valls, sehr geehrter Herr Ischinger

Meine Rede wird eher von allgemeiner Natur sein, aber ich hoffe, dass sie von Nutzen sein wird.

Der erste Kalte Krieg endete vor 25 Jahren. Das ist kein langer Zeitraum in der Geschichte, aber es ist eine beträchtliche Zeit für den einzelnen Menschen und sogar für Generationen. Und es ist sicherlich ausreichend, um unsere gemeinsamen Siege und Verluste beurteilen zu können, um sich neue Ziele setzen zu können und natürlich, um eine Wiederholung der Fehler der Vergangenheit zu vermeiden.

Die Münchner Sicherheitskonferenz ist als Austragungsort für hitzige und offene Diskussionen bekannt. Ich bin zum ersten Mal hier. Heute würde ich Ihnen gern Russlands Einschätzung zur aktuellen europäischen Sicherheitslage und mögliche Lösungen für unsere gemeinsamen Probleme näherbringen, die durch die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen verschärft wurden.

Bevor ich zu dieser Konferenz kam, habe ich mich mit Präsident Wladimir Putin getroffen. Wir sprachen über seine Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2007. Er sagte damals, dass ideologische Stereotypen, Doppelstandards und einseitige Handlungen nichts einfacher machen, sondern bloss Spannungen in den internationalen Beziehungen entfachen und die Chancen auf die Annahme sinnvoller politischer Entscheidungen mindern.

Haben wir damit übertrieben? Waren unsere Einschätzungen zur Lage zu pessimistisch? Leider muss ich sagen, dass die Situation jetzt noch schlimmer ist, als wir befürchtet haben. Die Entwicklung hat seit 2007 eine viel dramatischere Wende genommen. Das Konzept des «Grösseren Europas» hat sich nicht verwirklichen lassen. Das Wirtschaftswachstum ist sehr schwach geworden. Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika haben stark zugenommen. Die Migrationskrise treibt Europa auf einen Kollaps zu. Die Beziehungen zwischen Europa und Russland sind ernüchternd. In der Ukraine tobt ein Bürgerkrieg.

In diesem Zusammenhang müssen wir mehr als je zuvor einen intensiven Dialog über die künftige Architektur der euro-atlantischen Sicherheit, die globale Stabilität und regionale Bedrohungen beginnen. Ich halte es für nicht hinnehmbar, dass dieser Dialog in vielen Bereichen eingestellt worden ist. Das Problem der Kommunikationsschwierigkeiten ist in Europa und in Russland allgemein bekannt. Darüber hinaus haben wir unser Verständnis für die Kultur der gemeinsamen Rüstungskontrolle verloren, was für eine lange Zeit als Grundlage für die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens galt. Eine Partnerschaftsinitiative nach der anderen erlischt, die viel Zeit und Mühe kosteten, um sie zu etablieren. Der vorgeschlagene Europäische Sicherheitsvertrag wurde auf Eis gelegt. Die Idee eines Russland-EU-Ausschusses für Aussen- und Sicherheitspolitik, die ich mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in Meseberg diskutiert habe, ist nicht in die Tat umgesetzt worden. Wir glauben, dass die Nato-Politik gegenüber Russland unfreundlich bleibt und sich allgemein verhärtet.

Um es gerade heraus zu sagen: Wir rollen rasend schnell auf eine Phase des neuen Kalten

mismus, haben ihren abstrakten Charakter für die Mehrheit der Menschen verloren. Sie sind in vielen Ländern Realität für Millionen geworden. Wie Herr Valls gerade erwähnt hat, sind sie zur täglichen Bedrohung geworden. Wir müssen jeden Tag mit einem Flugzeug, das in der Luft gesprengt wird, oder Personen, die in einem Café erschossen werden, rechnen. Eigentlich waren das die alltäglichen Ereignisse im Nahen Osten, und nun ist es so auf der ganzen Welt.

Wir sehen, dass wirtschaftliche, soziale und militärische Herausforderungen sich gegenseitig ergänzen. Aber wir handeln weiterhin willkürlich, uneinheitlich und in vielen Fällen ausschliesslich in unserem eigenen nationalen Interesse, oder ein beliebiger Sündenbock wird ernannt.

Ich biete Ihnen fünf Thesen für die Sicherheit als solche an.

1. Die Wirtschaft

Wir stehen quasi vor einem Paradigmenwechsel in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Die traditionellen Systeme sind nicht mehr wirksam. Politische Zweckmässigkeiten übernehmen die Oberhand gegen-

«Die aktuelle europäische Sicherheitsarchitektur, die auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gebaut wurde, ermöglichte uns, globale Konflikte für mehr als 70 Jahre zu vermeiden. Der Grund dafür war, dass diese Architektur auf Prinzipien aufgebaut wurde, die zu diesem Zeitpunkt jedem klar waren, in erster Linie dem unbestreitbaren Wert des menschlichen Lebens. Wir zahlten einen hohen Preis für diese Werte. Aber unsere gemeinsame Tragödie zwang uns dazu, uns über unsere politischen und ideologischen Unterschiede im Namen des Friedens hinwegzusetzen. Es stimmt, dass dieses Sicherheitssystem seine Probleme hat und manchmal Fehlfunktionen. Aber brauchen wir eine weitere, dritte globale Tragödie, um zu verstehen, dass wir Zusammenarbeit statt Konfrontation brauchen?»

Krieges zu. Russland wurde als die fast grösste Bedrohung für die Nato oder für Europa, Amerika und andere Staaten dargestellt. (Und Herr Stoltenberg hat dies gerade erst wieder unter Beweis gestellt.) Sie zeigen Angst einflössende Filme von Russen, die einen Atomkrieg starten. Manchmal frage ich mich, ob wir uns im Jahr 2016 oder 1962 befinden?

Aber die wahren Bedrohungen für unsere kleine Welt sind von einer absolut anderen Natur, und ich hoffe, dass Sie dem zustimmen. Der Begriff der «Europäischen Sicherheit» umfasst nun mehr, als es früher der Fall war. Vor vierzig Jahren betraf er vor allem militärische und politische Beziehungen in Europa, aber seitdem sind neue Probleme wie eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Ungleichheit und Armut, beispiellose Migration, neue Formen des Terrorismus und regionale Konflikte, auch in Europa, in den Vordergrund getreten. Ich beziehe mich auf die Ukraine, die instabile Balkan-Region und Moldawien, das am Rande eines nationalen Zusammenbruchs taumelt.

Die grenzüberschreitenden Bedrohungen und Herausforderungen, die wir für eine Weile für überwunden glaubten, sind mit neuer Stärke zurückgekehrt. Die neuen Bedrohungen, vor allem Terrorismus und Extre-

über einfachen und klaren wirtschaftlichen Beweggründen. Der Verhaltenskodex wird ad hoc neu formuliert, um ihn einem bestimmten Problem oder einer Aufgabe anzupassen oder glattweg zu ignorieren. Ich muss nur das Vorgehen des Internationalen Währungsfonds erwähnen, der seine fundamentalen Regeln zur Kreditvergabe an Länder mit einer überfälligen Staatsverschuldung angepasst hat, als es um das Problem der ukrainischen Staatsschulden an Russland ging.

Die Gespräche über die Schaffung wirtschaftlicher Mega-Blöcke könnten einen endgültigen Verlust der globalen Wirtschaftsregeln mit sich bringen.

Die Globalisierung, die ein gewünschtes Ziel war, hat mit uns gewissermassen ein grausames Spiel gespielt. Ich sprach persönlich darüber mit meinen Kollegen beim G-8-Treffen, als sie noch jeder brauchte. Aber die Zeiten ändern sich schnell. Selbst eine kleine wirtschaftliche Veränderung in einem Land trifft nun ganze Märkte und Länder, und das fast zeitgleich. Zudem können die globalen Regulierungsmechanismen nicht wirksam nationale Interessen ausbalancieren. Der Energiemarkt bleibt äusserst instabil. Seine Volatilität hat beide betroffen, Importeure und Exporteure.

Wir bedauern, dass die Praxis des einseitigen wirtschaftlichen Drucks in Form von Sanktionen an Dynamik gewinnt. Entscheidungen werden willkürlich und manchmal unter Verletzung des Völkerrechts getroffen. Die Grundlagen der funktionierenden internationalen Wirtschaftsorganisationen, darunter die Welthandelsorganisation, werden ausgehebelt. Wir haben immer gesagt, ich habe immer gesagt, dass die Sanktionen nicht nur diejenigen treffen, gegen die sie erhoben werden, sondern auch diejenigen, die sie als Druckinstrument verwenden. Wie viele gemeinsame Initiativen wurden auf Grund von Sanktionen auf Eis gelegt! Ich habe mich gerade erst mit deutschen Geschäftsleuten getroffen, und wir haben über dieses Problem diskutiert.

Haben wir die direkten und die indirekten Kosten für die europäische und die russische Wirtschaft nicht richtig berechnet? Sind unsere Unterschiede wirklich so tiefgreifend, dass sie das wert sind? An Sie alle hier in diesem Publikum – brauchen Sie das wirklich?

Dieser Weg führt ins Nirgendwo. Ich sage Ihnen, dass jeder leiden wird. Es ist essentiell, dass wir uns gemeinsam für ein neues globales System einsetzen, dass die Grundsätze der Effektivität, der Gerechtigkeit, der Marktöffnung und des Sozialschutzes kombiniert.

2. Die Krise des Weltwirtschaftsentwicklungsmodells schafft die Bedingungen für eine Vielzahl von Konflikten, einschliesslich regionaler Konflikte.

Europäische Politiker dachten, dass die Schaffung eines sogenannten Gürtels von befreundeten Ländern an den Aussengrenzen der EU zuverlässig Sicherheit garantieren würde. Aber was sind die Ergebnisse dieser Politik? Was Sie haben, ist nicht ein Gürtel von befreundeten Ländern, sondern eine Sperrzone mit lokalen Konflikten und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sowohl an den Ostgrenzen (Ukraine und Moldawien) als auch an den Südgrenzen (im Nahen Osten, Nordafrika, Libyen und Syrien).

Das Ergebnis ist, dass diese Regionen uns allen Kopfschmerzen bereiten.

Das Normandie-Format [Treffen der Aussenminister von Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine] hat uns geholfen, Verhandlungen über die Ukraine zu beginnen. Wir glauben, dass es zurzeit keine besseren Instrumente für eine friedliche Lösung gibt als das Minsk-Abkommen.

Wir begrüessen Frankreichs ausgewogene und konstruktive Haltung zur Ukraine und zu allen anderen aktuellen internationalen Themen. Ich stimme Herrn Valls völlig zu, dass der russisch-französische Gesprächsfaden nie abgerissen ist und dass er konkrete Ergebnisse hervorgebracht hat.

Es ist wahr, dass alle Seiten das Minsk-Abkommen einhalten müssen, aber die Umsetzung hängt in erster Linie von Kiew ab. Warum von Kiew? Nicht, weil wir versuchen, Verantwortung abzuschieben, sondern weil sie am Zuge sind.

Die Situation ist sehr instabil, obwohl Fortschritte in einer Reihe von Bereichen gemacht worden sind.

Was ist Russlands grösste Sorge? Der erste und wichtigste Punkt ist, dass die umfassende Waffenruhe im Südosten der Ukraine nicht eingehalten wird. Vom Beschuss an der Kontaktlinie, den es eigentlich

«Zusammenarbeit statt Konfrontation»

Fortsetzung von Seite 1

nicht geben sollte, wird regelmässig berichtet. Und wir müssen diesbezüglich ein klares Signal an alle beteiligten Parteien senden.

Zweitens, bis heute wurden keine Änderungen der ukrainischen Verfassung gebilligt, obwohl dies bis Ende 2015 hätte geschehen sollen, und auch das Gesetz über einen Sonderstatus für den Donbass wurde nicht implementiert.

Anstatt konkrete Elemente der Dezentralisierung mit den Regionen zu koordinieren, und das ist die entscheidende Frage, hat die Ukraine sogenannte «Übergangsbestimmungen» angenommen, obwohl die oben genannten Anforderungen schwarz auf weiss im Minsker Abkommen festgehalten sind.

Drittens besteht Kiew weiterhin darauf, dass lokale Wahlen auf einem neuen ukrainischen Gesetz beruhen. Darüber hinaus hat Kiew nicht seine Verpflichtung erfüllt, eine breite Amnestie umzusetzen, die alle umfassen sollte, die im Jahr 2014 und 2015 an den Entwicklungen in der Ukraine beteiligt waren. Ohne Amnestie werden diese Menschen nicht in der Lage sein, an Wahlen teilzunehmen, was alle Wahlergebnisse in Frage stellen wird, was wohl kaum der OSZE gefallen wird.

Wie ich es bereits sagte, müssen die Minsker Vereinbarungen in vollem Umfang umgesetzt werden, und das ist die Haltung Russlands zu diesem Thema. Zur gleichen Zeit sind vernünftige Leute offen für Diskussionen zu verschiedenen Ideen, die auch Kompromisse beinhalten. Wir zum Beispiel akzeptieren die Initiative von Herrn Steinmeier über eine vorübergehende Anwendung des Gesetzes für eine Sonderstellung, sobald der Wahlkampf beginnt. Nachdem das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte die Wahlergebnisse anerkennt, muss dieses Gesetz dauerhaft angewendet werden. Aber es gibt hier immer noch keine Fortschritte, trotz des Kompromissvorschlages.

Natürlich ist die humanitäre Lage äusserst alarmierend. Die Lage der Wirtschaft der südöstlichen Ukraine verschlechtert sich, denn dieser Teil der Ukraine wird blockiert, und die Initiative der deutschen Bundeskanzlerin zur Wiederherstellung des Bankensystems in der Region wurde abgelehnt. Zehntausende Menschen leben am Rande einer humanitären Katastrophe. Merkwürdig ist, dass es so scheint, dass dies Russland mehr Sorgen macht als der Ukraine selbst. Warum ist das so? Wir haben humanitäre Konvois in den Südosten der Ukraine entsendet und werden dies weiterhin tun.

Ich muss ganz offen sagen, dass Russland eine vernünftige Flexibilität zur Umsetzung des Minsker Abkommens gezeigt hat und auch weiterhin zeigen wird, solange es nicht dem Wesen des Abkommens widerspricht. Aber wir können nichts tun, was ausserhalb unserer Zuständigkeit liegt. Das heisst, wir können nicht die politischen und rechtlichen Verpflichtungen der Regierung in Kiew umsetzen. Diese stehen unter der direkten Aufsicht des Präsidenten, der Regierung und des Parlaments der Ukraine. Aber leider scheint es, dass sie nicht willens sind beziehungsweise nicht den Wunsch haben, es zu tun. Ich denke, dass dies für jeden offensichtlich geworden ist.

Auch für Syrien haben wir daran gearbeitet und werden auch weiterhin an der Umsetzung gemeinsamer Friedensinitiativen arbeiten. Es ist ein schwieriger Weg, aber es gibt keine Alternative zu einem interethnischen und interreligiösen Dialog. Wir müssen Syrien als einen einheitlichen Staat bewahren und seine Auflösung aus konfessionellen Gründen verhindern. Die Welt kann sich kein weiteres Libyen, keinen weiteren Jemen oder kein weiteres Afghanistan leisten. Die Folgen dieses Szenarios für den Nahen Osten wären katastrophal. Die Arbeit der *Internationalen Syrien Unterstützer Gruppe* (ISSG) gibt uns eine gewisse Hoffnung. Sie haben sich hier vorgestern versammelt und koordinierten eine Liste mit praktischen Massnahmen zur Umsetzung der *UN-Sicherheitsratsresolution 2254*, die die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Zivilbevölkerung beinhaltet und die Bedingungen für eine Waffenruhe umreisst, natürlich mit Ausnahme von Terrorgruppen. Die Umsetzung dieser Massnahmen wird von Russland und den Vereinigten Staaten angeführt werden.

«Leider muss ich sagen, dass die Situation jetzt noch schlimmer ist, als wir befürchtet haben. Die Entwicklung hat seit 2007 eine viel dramatischere Wende genommen. Das Konzept des «Grösseren Europas» hat sich nicht verwirklichen lassen. Das Wirtschaftswachstum ist sehr schwach geworden. Konflikte im Nahen Osten und Nordafrika haben stark zugenommen. Die Migrationskrise treibt Europa auf einen Kollaps zu. Die Beziehungen zwischen Europa und Russland sind ernüchternd. In der Ukraine tobt ein Bürgerkrieg.»

Ich möchte betonen, dass die tägliche Arbeit der russischen und amerikanischen Militärs hier der Schlüssel ist. Ich spreche über regelmässige Arbeit, nicht von gelegentlichen Kontakten, sondern von täglicher Arbeit, einem Arbeitsalltag.

Natürlich sollte es für den Beginn der Gespräche über die Einigung zwischen der syrischen Regierung und der Opposition keine Vorbedingungen geben, und es gibt auch keinen Grund, nun mit Bodentruppen zu drohen.

3. Wir sind überzeugt davon, dass, wenn es uns nicht gelingen sollte, die Situation in Syrien und anderen Konfliktgebieten zu normalisieren, Terrorismus eine neue Form des Krieges werden wird, der sich auf der ganzen Welt verbreitet.

Es wird nicht nur eine neue Form des Krieges sein, sondern eine Methode zur Beilegung ethnischer und religiöser Konflikte und kann zu einer Form der Quasi-Staatsführung werden. Stellen Sie sich eine Kette von Ländern vor, die von Terroristen durch Terror geführt werden. Ist das das 21. Jahrhundert?

Es ist allgemein bekannt, dass der Terrorismus nicht ein Problem innerhalb einzelner Länder ist. Russland schlug das erste Mal vor zwei Jahrzehnten Alarm. Wir haben versucht, unsere Partner zu überzeugen, dass die Kernursachen nicht nur in ethnischen oder religiösen Unterschieden liegen. Nehmen wir zum Beispiel den IS, dessen Ideologie nicht auf islamischen Werten basiert, sondern auf einem blutrünstigen Wunsch zu töten und zu zerstören. Der Terrorismus ist ein zivilisatorisches Problem. Es bedeutet: Entweder wir oder sie, und es ist für alle an der Zeit, das zu verstehen. Es gibt keine Nuancen oder Untertöne, keine Rechtfertigungen für terroristische Aktionen, keine Teilung in Freunde oder Feinde, in gemässigte oder extremistische Terroristen.

Die Zerstörung des russischen Flugzeugs über dem Sinai, die Terroranschläge in Paris, London, Israel, Libanon, Pakistan, im Irak, in Mali, im Jemen und anderen Ländern, die grausigen Hinrichtungen von Geiseln, Tausende von Opfern und endlose andere Bedrohungen sind ein Beweis, dass der internationale Terrorismus Staatsgrenzen trotzt. Terroristen und Extremisten versuchen, ihren Einfluss nicht nur im gesamten Nahen Osten und Nordafrika zu verbreiten, sondern auch im gesamten Raum von Zentralasien. Leider sind sie bisher erfolgreich gewesen, vor allem, weil wir nicht in der Lage sind, unsere Differenzen beiseite zu legen, und weil wir unsere Kräfte nicht gegen sie vereinen. Auch die Zusammenarbeit auf geheimdienstlicher Ebene wurde auf Eis gelegt. Und das ist lächerlich, so als wenn wir nicht mit euch zusammenarbeiten wollten. Daesh [der Islamische Staat] sollte meinen Kollegen, den Führern der westlichen Länder, dankbar sein, die diese Zusammenarbeit ausgesetzt haben.

Bevor ich zu dieser Konferenz kam, las ich viel Material, darunter auch einiges von westlichen Experten. Selbst diejenigen, die nicht positiv über Russland denken, geben zu, dass trotz unserer Unterschiede die «Anti-Terror-Formel» ohne Russland nicht wirksam sein wird. Sie drücken es nur auf ihre Art und Weise aus und sagen, dass ein schwaches Russland noch gefährlicher ist als ein starkes Russland.

4. Regionale Konflikte und Terrorismus hängen eng mit der beispiellosen unkontrollierten Migration zusammen.

Man könnte es eine neue grosse Völkerwanderung nennen, und sie ist der Höhepunkt der zahlreichen Probleme der modernen globalen Entwicklung. Nicht nur Westeuropa ist betroffen, auch Russland. Der Zustrom von Migranten aus Syrien nach Russland ist nicht sehr gross, aber der Zustrom von Migranten aus der Ukraine ist zu einem ernststen Problem geworden. Mehr als eine Million ukrainische Flüchtlinge hat Russland in den letzten 18 Monaten aufgenommen.

Kriege und die damit verbundenen Entbehrungen wie Ungleichheit, niedriger Lebensstandard, Gewalt und fanatische Kräfte, die die Menschen zwingen, ihre Häuser zu verlassen. Gescheiterte Versuche, westliche Demokratiemodelle in sozialen Umfeldern zu verbreiten, die nicht dafür geeignet sind, haben zum Untergang ganzer Staaten geführt und riesige Gebiete in Zonen der Feindseligkeit verwandelt. Ich erinnere mich noch gut daran, als sich meine Kollegen über den sogenannten «arabischen Frühling» freuten. Ich habe es buchstäblich miterlebt. Aber wo hat sich denn die moderne Demokratie etabliert in diesen Ländern? Es sieht so aus, als hätte sie es, aber in Form des IS.

Es fehlt an qualifizierten Arbeitskräften in den Ländern, die die Flüchtlinge verlassen, und damit schwinden auch die Entwicklungsperspektiven dieser Länder. Die fortschreitende Migrationskrise nimmt zunehmend die Eigenschaften einer humanitären Katastrophe an, zumindest in einigen Teilen Europas. Soziale Probleme wachsen, zusammen mit gegenseitiger Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit. Ganz zu schweigen davon, dass Hunderte und Tausende von Extremisten unter dem Deckmantel, Flüchtlinge zu sein, nach Europa kommen. Andere Migranten sind Menschen einer absolut anderen Kultur, die nur Geldleistungen erhalten möchten, ohne etwas dafür zu tun. Das stellt eine sehr reale Gefahr für den gemeinsamen Wirtschaftsraum dar. Als nächstes werden der Kulturraum und auch die europäische Identität bedroht werden. Wir beobachten mit Bedauern, wie wertvolle Mechanismen, die auch Russland braucht, zerstört werden. Ich beziehe mich auf den faktischen Zerfall der Schengen-Zone.

Wir für unseren Teil sind bereit, unser Bestes zu tun, um bei der Migrationsproblematik zu helfen, insbesondere durch die Bemühungen, die Situation in den Konfliktregionen, aus denen die meisten Flüchtlinge kommen, zu normalisieren, wozu auch Syrien gehört.

5. Lassen Sie uns möglichst ehrlich sein. Die meisten dieser Herausforderungen entwickeln sich nicht erst seit gestern, und sie wurden auf jeden Fall nicht in Russland erfunden.

Bis jetzt haben wir nicht gelernt, auf diese Herausforderungen richtig oder sogar vorausschauend zu reagieren. Deswegen wird ein Grossteil der Ressourcen bei der Bekämpfung der Folgen verschwendet, oft ohne die Ursache zu identifizieren. Oder wir investieren unsere Energie nicht in den Kampf gegen das eigentliche Übel, sondern in die Abschrek-

kung unserer Nachbarn, und dieses Problem wurde hier angesprochen. Der Westen wendet diese Abschreckung aktiv an, auch gegen Russland. Der Trugschluss dieser Vorgehensweise ist, dass wir in zehn oder zwanzig Jahren immer noch die gleichen Probleme debattieren werden. Vorausgesetzt, dass dies zur Debatte steht, denn natürlich stehen solche Diskussionen nicht auf der Tagesordnung des Grossen Kalifats.

Es gibt unterschiedliche Meinungen über die Perspektiven für die Zusammenarbeit mit Russland. Auch in Russland unterscheiden sich die Meinungen. Aber können wir uns vereinen, um gegen die Herausforderungen, die ich gerade erwähnt habe, aufzustehen? Ja, ich bin zuversichtlich, dass wir es können. Gestern erlebten wir ein perfektes Beispiel im Bereich der Religion. Patriarch Kyrill von Moskau und ganz Russland und Papst Franziskus der Katholischen Kirche trafen sich in Kuba, nachdem die beiden Kirchen Hunderte Jahre die Gespräche miteinander eingestellt hatten. Natürlich ist die Wiederherstellung von Vertrauen eine anspruchsvolle Aufgabe. Es ist schwer zu sagen, wie lange es dauern würde. Aber es ist notwendig, diesen Prozess zu starten, und das muss ohne Vorbedingungen erfolgen. Entweder wir alle wollen es oder keiner von uns. Im letzteren Fall wird es keine Zusammenarbeit geben.

Unsere Einschätzungen zu Ereignissen, die sich in den vergangenen zwei Jahren abspielten, unterscheiden sich. Ich möchte jedoch betonen, dass sie sich nicht so sehr unterscheiden wie vor 40 Jahren, als wir die *Schlussakte von Helsinki* unterzeichneten und als Europa buchstäblich durch die Mauer getrennt war. Als alte Phobien überwogen, waren wir festgefahren. Als wir es geschafft haben, unsere Kräfte zu bündeln, waren wir erfolgreich. Es gibt viele Beweise, die das belegen. Wir haben es geschafft, uns über die Reduzierung der strategischen Offensivwaffen zu einigen, was eine bahnbrechende Leistung war. Wir haben eine Kompromisslösung in bezug auf das iranische Atomprogramm ausgearbeitet. Wir haben alle Seiten im syrischen Konflikt überzeugt, sich an den Verhandlungstisch in Genf zu setzen. Wir haben Massnahmen gegen die Piraterie koordiniert. Und die Klimakonferenz, die letztes Jahr in Paris stattfand. An diesen positiven Ergebnissen sollten wir anknüpfen.

Meine Damen und Herren

Die aktuelle europäische Sicherheitsarchitektur, die auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs gebaut wurde, ermöglichte uns, globale Konflikte für mehr als 70 Jahre zu vermeiden. Der Grund dafür war, dass diese Architektur auf Prinzipien aufgebaut wurde, die zu diesem Zeitpunkt jedem klar waren, in erster Linie dem unbestreitbaren Wert des menschlichen Lebens. Wir zahlten einen hohen Preis für diese Werte. Aber unsere gemeinsame Tragödie zwang uns dazu, uns über unsere politischen und ideologischen Unterschiede im Namen des Friedens hinwegzusetzen. Es stimmt, dass dieses Sicherheitssystem seine Probleme hat und manchmal Fehlfunktionen. Aber brauchen wir eine weitere, dritte globale Tragödie, um zu verstehen, dass wir Zusammenarbeit statt Konfrontation brauchen?

Ich möchte *John F. Kennedy* zitieren, der einfache Worte verwendete, aber die am besten geeigneten Worte: «Innenpolitik kann uns nur besiegen; Aussenpolitik kann uns töten.» In den frühen 1960er Jahren stand die Welt an der Tür einer nuklearen Apokalypse, aber die beiden rivalisierenden Kräfte fanden den Mut zuzugeben, dass keine politische Konfrontation Menschenleben wert war.

Ich glaube, dass wir weiser, erfahrener und verantwortungsbewusster geworden sind. Und wir sind nicht durch ideologische Phantome und Stereotypen gespalten. Ich glaube, dass die Herausforderungen, denen wir heute gegenüberstehen, nicht in Konflikte führen werden, sondern uns unterstützen werden, gemeinsam zu einer fairen und gleichberechtigten Vereinigung zu kommen, die uns Frieden für mindestens weitere 70 Jahre gewähren wird.

Vielen Dank.

«Natürlich ist die Wiederherstellung von Vertrauen eine anspruchsvolle Aufgabe. Es ist schwer zu sagen, wie lange es dauern würde. Aber es ist notwendig, diesen Prozess zu starten, und das muss ohne Vorbedingungen erfolgen.»

Quelle: <http://government.ru/en/news/21784/>
(Übersetzung: <https://deutsch.rt.com/international/36838-vollstaendige-rede-russischen-premierministers-medwedew/> und *Zeit-Fragen*)

Zündet Saudi-Arabien die Lunte zu einem neuen Nahost-Krieg?

von Andreas Becker

Saudi-Arabien rüstet derzeit nicht nur zum Krieg, sondern scheint geradezu erpicht darauf, Feuer an die Lunte zu legen. In den vergangenen Tagen wurden saudische Kampfflugzeuge samt Besatzungen und Bodenpersonal auf den türkischen Luftwaffenstützpunkt Incirlik verlegt. Die Verlegung erfolgte im Rahmen der von den USA geführten Militärkoalition gegen den Islamischen Staat (IS), der neuerdings von westlichen Politikern und Medien lieber Daesh genannt wird. Die türkisch-saudische Allianz gegen Syrien und Iran ist als anti-schiitische Allianz der Sunniten zu sehen. Libanon verweigert sich jedoch der saudischen Forderung, seiner Militärallianz beizutreten. Ein führender maronitischer Christ verfasste heute einen offenen Brief an den saudischen König Salman. Ein Brief für den Frieden am Vorabend eines Krieges?

Seit einer Woche finden im östlichen Wüstenkönigreich die grössten Militärmanöver seiner Geschichte statt. Truppen aus 20 Staaten sind daran beteiligt. Saudi-Arabien kann nun ernten, was es durch grosszügige Geldflüsse in den vergangenen Jahrzehnten in arabische und afrikanische Staaten investierte. Die Operation Northern Donner, «Donner des Nordens», wurde vor zehn Tagen begonnen und soll noch eine Woche dauern. Bekanntgegeben wurde sie erst am Tag des Manöverbeginns. Gleichzeitig drohte Riad dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad wörtlich mit einem «gewaltsamen Sturz». Genau so haben Kriege begonnen.

Hintergrund ist unter anderem der ausbleibende Sieg des Islamischen Staates (IS) gegen Assad. Dank der russischen Militärunterstützung konnte die syrische Regierung zuletzt Gebiete zurückerobern. Den Russen gelang es innerhalb relativ kurzer Zeit, was der US-geführten Anti-IS-Koalition ein ganzes Jahr lang zuvor nicht gelingen wollte: den IS-Vormarsch zu stoppen. Besiegt ist der al-Kaida-Nachfolger allerdings nicht.

Im Jemen führt Saudi-Arabien bereits Krieg gegen die schiitischen Huthi-Rebellen. Die antischiitische Front weitet sich jedoch aus und droht einen Raum vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf, von der türkischen Grenze bis zur pakistanischen und afghanischen Grenze zu erfassen. Durch die demonstrativ gezeigte Bereitschaft, militärisch im eigenen Sinn ordnend in den Nahost-Konflikt einzugreifen, verschleierte Riad, dass es selbst Teil dieses Konflikts ist. Saudi-Arabien fand mit den befreundeten USA zu einer Interessensallianz gegen die in Syrien regierenden Alawiten, aus deren Reihen die Präsidentenfamilie Assad

«Es gilt anzuerkennen, dass man vor einem Zivilisationsphänomen steht, das alle betrifft, einschliesslich den Westen, den atheistische Westen des toten Gottes, der kolonialen Eroberung, der imperialen Eroberungen, des ungleichen Austausches, des erklärten oder höflichen Rassismus und des ethischen Relativismus. Ein Relativismus, den der amerikanische Philosoph Eric Voegelin «eine Selbstvergöttlichung der Gesellschaft» nannte.

Wie sehr fehlt uns in diesen schwierigen Tagen dieses ernsthafte Nachdenken über das Verhältnis zwischen den Kulturen, das uns die Möglichkeit böte, unsere Rolle als Kulturvermittler, als Vermittler des Friedens und der Wahrheit zu spielen. Wie sehr fehlt es uns heute, das 20. Jahrhundert ohne Zögern denken zu können. Wie sehr fehlt uns das tiefe Nachdenken über den Islam, um zu verstehen, was diese kulturelle und politische Abirrung möglich machte, die «Islamischer Staat» genannt wird.»

Quelle: Offener Brief von Fady Noun an den saudischen König Salman (Auszug)

stammt, und die den Schiiten zugerechnet werden. Die Gründe der Anti-Assad-Allianz sind nicht deckungsgleich, doch auf der Grundlage des Mottos «Der Feind meines Feindes ist mein Freund», wurde man sich einig, einen Aufstand gegen die Regierung Assad vom Zaun zu brechen.

Dazu wurden sunnitische syrische Clans umworben und mit Geld und Waffen versorgt und logistisch unterstützt. Anfangs verlautete aus Washington, eine Freie Syrische Armee kämpfe gegen den Diktator Assad und für die Demokratie. Die Freie Syrische Armee entpuppte sich bald in einem wesentlichen Teil als islamistische Milizen wie die al-Nusra-Brigade und der Islamische Staat (IS). Das wollen weder Riad noch Washington zugeben. Von der Freien Syrischen Armee ist allerdings kaum mehr die Rede, dafür um so mehr vom Morden der Islamisten, deren Opfer bevorzugt Christen sind. Bis heute ist unklar, welche Regierungen und Institutionen unter der Decke dem Islamischen Staat und seinen Ablegern hilfreich zur Hand gehen.

Libanon als Gegenmodell

Libanon ist der einzige stark christlich geprägte Staat des Nahen Ostens. Er bildete in seinem Ursprung eine Art autonomes Schutzgebiet für Christen im Osmanischen Reich, die sich vor Unterdrückung und Repression in das gebirgige Küstenland zurückzogen. Seine christliche Mehrheit hat das Land im blutigen Gewirr des Nahostkonflikts eingebüsst. Wenn das Land jedoch noch existiert und zusammengehalten wird, dann ist es den Christen und ihrem kulturprägenden Glauben zu verdanken. Libanon ist das einzige Land im Nahen Osten, in dem alle Gruppen an der Staatsführung beteiligt sind, und stellt damit eine einzigartige Ausnahme dar.

Dabei hätten auch die Christen ausreichend Grund, nachtragend zu sein. Sie könnten wie die anderen Religionsgruppen zum Mittel der Gewalt greifen, tun es aber nicht, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Sie kennen die Geschichte, rechnen sie aber nicht auf.

Wenn die Christen im Staat, der eigentlich als Land der Christen gedacht war, keine Mehrheit mehr haben, ist dafür die Gründung des Staates Israel und die Vertreibung der einheimischen Palästinenser, sunnitische Moslems und Christen, ursächlich. Als deren Aussicht schwand, in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren zu können, versuchte die PLO, sich Libanon als neues Staatsgebiet zu erobern. Unterstützt wurde sie dabei von Teilen der sunnitischen Libanesen.

Die Folge war ein blutiger Bürgerkrieg. Der Versuch konnte abgewehrt werden. Der Preis an Menschenleben und Zerstörung war jedoch enorm. 27 Jahre nach Kriegsende ist

Libanon noch weit von seinem Wohlstand entfernt, den es davor genossen hatte. Ein Wohlstand, der den Christen des Landes zu verdanken war. So wie die Libanesen es den Christen zu verdanken haben, dass ihr Land kein zweiter Irak und kein zweites Syrien, kein zweiter Jemen und kein zweites Libyen geworden ist.

Ein näheres Eindringen in die libanesischen Wirrnisse zwischen antisyrischen und prosyrischen, antiwestlichen und prowestlichen, antiisraelischen und proisraelischen Kräften usw. würde jeden Rahmen sprengen und wahrscheinlich mehr Verwirrung als Klarheit schaffen.

Die saudische «Rache»

Zum Verständnis der heutigen Lage sei nur gesagt, dass Syrien in den 1970ern den Christen gegen den palästinensischen Eroberungsversuch zu Hilfe kam. Und dass die zahlenmässig besonders in den vergangenen Jahrzehnten stark angewachsene Gruppe der Schiiten sich als natürlicher Verbündeter der syrischen Alawiten sieht.

Tatsache ist, dass die Christen Libanons Syrien für die Militärhilfe in den 1970er Jahren dankbar sind. Tatsache ist jedoch auch, dass die Mehrheit der libanesischen Christen kein Libanon als syrisches Protektorat wollte und daher für den 2005 abgeschlossenen Rückzug aus Libanon eintrat. Das ändert nichts daran, dass die libanesischen Christen genau wissen, dass es ihren christlichen Glaubensbrüdern in Syrien, mit denen sie vielfach auch verwandtschaftlich verbunden sind, unter dem Alawiten Assad wesentlich besser ergeht als unter einer sunnitischen Herrschaft. Während die schiitische Hizbullah aktiv in Syrien an der Seite Assads kämpft, hegen die libanesischen Christen aus Solidarität mit den syrischen Christen zumindest Sympathien.

Das erklärt zum Teil, warum Libanon sich nicht an der von Saudi-Arabien mit Zustimmung der USA geschmiedeten antischiitischen Allianz beteiligen will. Hauptgrund dafür ist Selbstschutz vor einem weiteren todbringenden und zerstörerischen Krieg, in den man nicht hineingezogen werden will. Eine Weigerung, die das kleine Land teuer zu stehen kommt. Riad gab in diesen Tagen einen ganzen Strafkatalog gegen Libanon bekannt. König Salman fordert eine Ende 2013 von seinem Vorgänger König Abdallah gewährte Schenkung von drei Milliarden Dollar zur Ausrüstung der libanesischen Armee zurück. Eine gewaltige Summe, die seither über Rüstungslieferungen Frankreichs zum Teil in die Armee des kleinen Mittelmeerlandes geflossen ist. Die gemeinsame Armee stellt einen wichtigen Stabilitätsfaktor in einem Staat dar, in dem sich noch vor kaum mehr als 25 Jahren zahlreiche bewaffnete Milizen bekämpften.

Die Verstimmung Riads kommt auch in der öffentlichen Warnung zum Ausdruck, dass Saudis aus «Sicherheitsgründen» Libanon als Reiseziel meiden sollten. Heute ging Riad noch weiter und forderte alle Saudis auf, Libanon zu verlassen. Eine Massnahme, die von den engsten saudischen Verbündeten in der Golf-Region, von Bahrein, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Katar übernommen wurde. Die Libanesen verstehen: Die Reisewarnung soll in Wirklichkeit eine indirekte Aufforderung sein, die Wirtschaftsbeziehungen mit Libanon zurückzuschrauben. Der heutige Rückruf der saudischen Staatsbürger kommt auf ziviler Ebene faktisch einer Generalmobilmachung auf militärischer gleich.

Direkte und massive Auswirkungen hat die dritte Drohung, die nicht offiziell ausgesprochen wurde, aber ausreichend lautstark informell in Umlauf gesetzt wurde: Saudi-Arabien und die anderen Golf-Emirate könnten die 400 000 in der Golf-Region beschäftigten Libanesen ausweisen. Was das für Libanon, ein Land mit 4,4 Millionen Einwohnern (hinzu kommen 450 000 palästinensische Flüchtlinge und 1 250 000 syrische Flüchtlinge) bedeutet, lässt sich leicht ausmalen. Spätestens seit Bekanntgabe dieser Drohung weiss jeder Libanese, dass Saudi-Arabien es ernst meint und sich das kleine Land am Mittelmeer gefügig machen will. Eine gerüchteweise kursierende vierte Drohung, die von sunnitischen Familien beherrschten Golf-Staaten könnten ihr Geld von den libanesischen Banken abziehen und das Land in eine wirtschaftliche und soziale Krise stürzen, rundet die Drohkulisse ab.

Die libanesische Weigerung

Die «Rache» des saudischen Königs Salman erfolgt, nachdem der libanesischer Außenminister, der maronitische Christ Jebran Bassil von der Freien Patriotischen Bewegung, sich zweimal bei den jüngsten Treffen der arabischen Aussenminister weigerte, einer von Saudi-Arabien vorgelegten antiiranischen Resolution zuzustimmen und sich damit in die saudische Allianz einzureihen. Die Freie Patriotische Bewegung bildet innenpolitisch die Minderheitsfraktion der libanesischen Christen. In der ausserpolitischen Frage, was das Pulverfass des sunnitisch-schiitischen Konflikts anbelangt, das den ganzen Nahen Osten in die Luft zu jagen droht, sind sich christliche Mehrheit und Minderheit jedoch weitgehend einig. Eine direkte Involvierung Libanons in einen unkontrollierbaren Nahostkrieg wäre das Ende der letzten noch verbliebenen, nennenswerten und vor allem prägenden christlichen Präsenz im Nahen Osten.

Nicht nur in islamischen Kreisen, auch unter libanesischen Christen wird gerüchteweise die Mutmassung herumgereicht, Israel käme ein zerstörtes Umland als einer Art gigantischer Glacis nicht ungelegen. Ebensowenig jenen westlichen Kräften, die ungeniert nach einem Krieg ihre Hand auf die Bodenschätze des Nahen Ostens legen könnten. Eine Einschätzung, die die Gesamtstimmung nicht zu heben vermag. Ein führender Christ Libanons will nicht über solche Hintergründe hinter den Hintergründen spekulieren. Ihm genügen die Fakten, die auf dem Tisch liegen, denn die seien schwerwiegend genug und veranlassten ihn zum Handeln.

Der maronitische Christ Fady Noun, stellvertretender Chefredakteur der angesehensten libanesischen Tageszeitung «L'Orient-Le Jour», schrieb in dieser sich dramatisch zuspitzenden Situation, in der man die Lunte bis Beirut riechen kann, einen offenen Brief an König Salman von Saudi-Arabien. Darin fordert er gegenseitigen Respekt ein und zeigt auf, warum Libanon nicht Teil einer Allianz werden kann, weil sonst das einzige Modell einer tragfähigen Lösung des Konflikts zerstört würde. Vielmehr hält Noun dem saudischen König Libanon als Lösungsmodell hin mit der Aufforderung, den Frieden statt den Krieg zu wählen. •

Quelle: www.katholisches.info/2016/02/24/zuendet-saudi-arabien-die-lunte-zu-einem-neuen-nahost-krieg-offener-brief-eines-libanesischen-christen-an-den-saudischen-koenig/ vom 24.2.2016

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005,
BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713
599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2016 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Schweiz ist praktisch Mitglied der Nato geworden

von Gotthard Frick

Der Verfasser hat verschiedentlich nachgewiesen, dass der Bundesrat und die Armeeführung die Schweiz auf Schleichwegen in die Nato führen.

Zu dieser das Schweizervolk hintergehenden Politik passt, dass erst am Tag des Beginns – damit sich gar keine Opposition dagegen bilden kann –, das heisst am 16. Februar 2016, vom Bundesrat mitgeteilt wurde, dass auf Einladung der Schweiz vom 16. und 17.2.2016 in Zürich eine Nato-Konferenz stattfand. Daran nahmen 100 Offiziere aus der Kommandostruktur der Nato und 28 Mitgliedsstaaten, die Mitglieder der *Partnerschaft für den Frieden* (PFP), darunter die Schweiz, sowie die 25 Mitgliedsstaaten der Interoperabilitätsplattform der Nato, darunter natürlich auch die Schweiz, teil.

Sie sollten über die Notwendigkeit der militärischen Zusammenarbeit sowie die aktuellen Herausforderungen auf Grund des veränderten Sicherheitsumfeldes diskutieren und dieses allenfalls anpassen.

Hier nochmals ein Überblick, was das konkret bedeutet:

- Die *Partnerschaft für den Frieden* – eine geniale Wortschöpfung von «Spin doctors», das heisst Kommunikationsspezialisten – (und andere Nato-Partnerschaften) wird in der Parteipresse Chinas als «Instrument der USA zur Durchsetzung von deren strategischen Interessen» gesehen. Das heisst, China sieht die Schweiz, wie wohl auch Russland, wahrscheinlich nicht mehr als neutrales Land.
- Die Interoperabilitätsplattform ist eine Organisation, bei der die 25 beteiligten Staaten, darunter die Schweiz, den ge-

meinsamen Kampf üben. Auch wenn das noch keinen formellen Beitritt zur Nato bedeutet, sehen die nichtwestlichen Grossmächte solche Aktionen wohl als letzten Schritt, um im Ernstfall sofort beitreten zu können.

- Die Schweiz hat ja schon verschiedentlich – vorläufig noch wenig – Truppen an Manövern von Nato-Mitgliedern geschickt (zum Beispiel nach Deutschland). Wahrscheinlich um die öffentliche Meinung in kleinen Schritten an diese militärische Zusammenarbeit zu gewöhnen. Da es keine Nato-Manöver, sondern nur Militärübungen mit Nato-Mitgliedern waren, sagen Bundesrat und Armeeführung, solche Aktionen tangierten die Neutralität nicht.
- Die Armee hat ihre *Führungs- und Stabsorganisation* (FSO) derjenigen der Nato angepasst.
- Es werden möglichst Nato-kompatible Waffen und Geräte beschafft. Zudem hat die Schweiz ihre Dienstgrade denjenigen der Nato angeglichen. So wurden bei den Generälen das Wort «Oberst» vor ihren Dienstgraden entfernt. Aus Oberstdivisionär wurde Divisionär. Auf der unteren Stufe haben wir für die nur noch sehr kleine Armee zusätzlich zu den bisherigen folgende neue Dienstgrade übernommen: Obergefreiter, Oberwachtmeister, Hauptfeldweibel, Stabsadjutant, Hauptadjutant, Chefadjutant. Es ist offensichtlich, dass die Zusammenarbeit bei weitgehend identischen Waffen und Dienstgraden erleichtert wird.
- Es kommen immer wieder Nato-Befehlshaber in die Schweiz, um sich über die von

uns geplanten militärischen Massnahmen zu informieren und ihrerseits die Schweiz über ihre Schritte ins Bild zu setzen.

Mit nur zwei mechanisierten Brigaden als eigentlichen Kampftruppen hat die Schweiz Verbände, die nicht primär für die Anforderungen des Kampfes in unserem stark strukturierten und überbauten Gelände geeignet sind, sondern im Kriegsfall sofort der Nato unterstellt werden und in den grossen, flachen oder nur leicht hügeligen Gegenden ausserhalb der Schweiz eingesetzt werden können.

Es kann nicht oft und laut genug wiederholt werden: Für die USA/Nato wäre eine neutrale, gut verteidigte Schweiz mitten in Europa, die in Westeuropa über die leistungsfähigsten und zentralsten Alpen transversalen für Bahn- und Strassentransporte und darüber noch über die kürzeste Luftverbindungsstrasse von Süd- nach Mittel- und Nordeuropa verfügt, ein grosser Nachteil. Darum wird an vielen Stellen, bei den Mitgliedern der Nato und in der Schweiz, verdeckt, aber geschickt, am baldigen Nato-Beitritt unseres Landes gearbeitet, ohne dass es unser Volk merkt oder die Medien zur Kenntnis nehmen.

Die seit dem Ende des zwanzigsten Jahrhunderts stattgefundene Reduktion der Armee auf noch ein Drittel, die im Rahmen der WEA (*Weiterentwicklung Armee*) vorgesehene Zerschlagung dieses Drittels auf noch die Hälfte, ist wohl Absicht einiger massgebender Köpfe im Bundesrat und der Armeeführung, um den Nato-Beitritt im Ernstfall begründen und rasch umsetzen zu können. Die Vorbereitungen dafür laufen schon seit Jahren. Aber da das Volk an einer starken,

eigenständigen Landesverteidigung und der Neutralität festhält, muss das alles sehr geschickt versteckt und anders begründet werden.

Stellt man sich in Europa eine grössere Krisenlage vor, noch unter der Kriegsschwelle, aber um so mehr im Konfliktfall, werden sowohl die USA als auch die Nato unseren Luftraum für ihre Zwecke benützen, möglicherweise auch die Nord-Süd-Alpen transversalen und die Ost-West-Eisen- und Autobahnen, die grossen Flughäfen und die drei verbleibenden Militärflugplätze übernehmen. Unsere zerschlagene Armee kann das nicht mehr verhindern. Damit haben wir unsere primäre Neutralitätspflicht verletzt. Ein Gegner der USA/Nato kann dann auf diese Unmöglichkeit hinweisen und ganz legal selber bei uns militärisch aktiv werden.

Der Bundesrat hat dann eine Ausrede – wie voraussichtlich schon vorgesehen – und kann dem Schweizervolk mitteilen, unser Land könne sich nicht alleine verteidigen. Notrecht anrufen, und – da wir keine andere Alternative hätten – müsse es der Nato beitreten.

Die beiden mechanisierten Brigaden kann er dann sofort als unseren Beitrag der Nato unterstellen. Dank der bisherigen Vorbereitungen kann das alles sehr schnell gehen.

Das heisst, wir sind wahrscheinlich als Mitglied oder Partner der Nato in einem möglichen nächsten Krieg. Müssen wir eine Revolution vorbereiten, um den Volkswillen durchzusetzen, oder wie sollen wir der flagranten Verletzung der Bundesverfassung durch den Bundesrat und das Parlament begegnen? Diese Frage muss ganz dringend beantwortet werden. •

Eine eigenständige Politik gegenüber EU und Nato

RI. Die Schweizer Presse meldete es unverzüglich weiter: Die EU-Obersten liessen durchblicken, dass die Verhandlungsergebnisse zwischen Brüssel und London kein Entgegenkommen für Bern bedeuten würden. Man möchte hinzufügen, das Nicht-EU-Land Schweiz solle sich gefälligst brav fügen und tun, wie ihm aus Brüssel befohlen wird. Doch wie ist es eigentlich um die EU bestellt?

Die EU steht auf tönernen Füßen: Die Flüchtlingskrise ist nicht annähernd gelöst. Der Frühling mit Hunderttausenden neuen Migranten kommt sicher. In einzelnen Staaten entstehen durch die massiven Einwanderungsströme rechtsfreie Zonen. Sozialkosten ungeahnten Ausmasses sind zu erwarten. Die Bevölkerungen sind unzufrieden.

Die EU auf tönernen Füßen

Die Volkswirtschaften der allermeisten EU-Mitgliedsstaaten lahmen trotz der ungebrem-

sten Finanzspritzen seitens der Europäischen Zentralbank EZB.

Parallel dazu schüren die USA entlang der Nachbarstaaten zu Russland in der Ukraine und in der Türkei Unfrieden. Die USA selbst würde ein Krieg wenig treffen. Ausserdem schadet der von ihnen inszenierte Boykott gegen Russland den Volkswirtschaften einzelner EU-Staaten – und Konkurrenten – massiv.

Gleichzeitig bindet sich die Brüsseler EU-Zentrale immer stärker an Washington: Brüssel treibt die TTIP-Verhandlungen gegen den Widerstand der Bürger voran. Ein Ausverkauf der Wirtschaft ist zu befürchten, ausserdem führt das Abkommen zu einer weiteren Entrechtung der Bürger. Weiterhin befördert Brüssel aktiv die Migrationsströme in die europäischen Staaten. Damit versuchen *Jean-Claude Juncker* und *Jan Asselblom* nicht zuletzt, eine EU-Innenpolitik gegen den erklärten Widerstand vieler europäischer Staa-

ten durchzusetzen. Wer nicht pariert, wird an den Pranger gestellt und bedroht.

Nato rüstet an den Grenzen zu Russland

Gleichzeitig aktivieren die USA das «Verteidigungsbündnis» Nato für weitere Kriegesätze: die Nato in Syrien, in Nordafrika, in der Ägäis, in Georgien und der Ukraine. Die Nato rüstet an den Grenzen zu Russland massiv auf. Der norwegische Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* lässt keine Gelegenheit aus, um Stimmung gegen Russland zu machen. Die Situation eskaliert zunehmend.

Schweizer Politik muss unabhängig bleiben

Die Schweizer Politik ist international sehr gefordert. Die Schweiz muss ihre Erfahrung als Verhandlungsort, als Dispositarstaat des IKRK, als Vermittler für Gute Dienste voll in die Waagschale werfen. Dabei darf sie sich aber nicht selbst vergessen. Jetzt kommt es darauf an, glaubwürdig neutral zu sein, Di-

stanz zu wahren zu den Konfliktparteien, Unabhängigkeit zu zeigen. Dies alles in einem international engen, vernetzten Umfeld mit vielen wechselseitigen Abhängigkeiten. Ist es sinnvoll, weiterhin in der Nato-Vorfeld-Organisation «Partnership for Peace» mitzumachen? Ist es sinnvoll, unhinterfragt Vorgaben der EU-Zentrale aus Brüssel zu übernehmen? Ist es sinnvoll, buchstabengetreu dem Schengen-Abkommen zu folgen oder sich vorschreiben zu lassen, wie man seine Innenpolitik gestaltet? Oder gilt es nicht doch, jetzt eine souveräne Aussenpolitik zu führen, welche zum Beispiel die Einwanderungsfrage, die Verteidigungspolitik oder die Wirtschafts- und Finanzpolitik wieder eigenständig gestaltet? Die Schweiz muss ihre unabhängige Position wahren, die Folgen eines weiteren blinden Nachvollzugs fremder Interessen haben unabsehbare Folgen für die Schweiz als neutrale Vermittlerin, aber auch für unser Land und seine Menschen direkt. •

Migrationsinvasion: Aufwachen, Anpacken. Die Realität als Leitstern

me. Es wurde viel gestritten um die Armeereformen und die sogenannte WEA. Die Abkürzung soll *Weiterentwicklung der Armee* heissen, Beobachter sind sich aber nicht im klaren, ob es sich nicht um eine systematische *Weiter-Entwaffnung der Armee* handelt.

Unbestritten ist für jeden Nüchternen, dass mit den wenigen Kampftruppen (von den 100000 Mann der Armee sind ja viele im Nach-

schub, der Übermittlung, dem Transport, der Luftwaffe und der Katastrophenhilfe eingeteilt), dass mit den noch rund 30000 Mann Kampftruppen nur noch ein einziger kleiner Vorstoss eines Gegners über den Rhein bis Winterthur aufgehalten werden kann. Dann ist fertig, endgültig fertig. Danach kann man heimgehen. Für den Rest der Schweiz ist dann keine Armee mehr da. Danke für diese Weiterentwicklung.

Die Armee ist auch nicht mobilisierbar, das ist ein Armutszeugnis mehr. Bis vor wenigen Jahren hatten wir eines der besten Mobilisierungssysteme und konnten innert 2 Tagen 500000 Mann mobilisieren – ausgerüstet, ausgebildet und wehrwillig. Jetzt fehlt auch noch das Material. Also gibt es hier sicher Verantwortliche, die für diesen Salat hinstehen oder hinstehen sollten. Ob sie die Courage dazu haben?

Wesentlicher als das Fingerzeigen und der Blick zurück scheint, dass man sich nach vorne auf die anstehenden Aufgaben konzentriert und die Verantwortlichen von heute unterstützt. Diese haben den Schlamassel nicht angerichtet. Die Realität fordert unerbitlich ihren Tribut, und es gibt schlechte Noten für die Armeepoliten von gestern. Die Armee muss sich ganz einfach anpassen. Es wird anstrengend. Man muss die Sachen wieder zu Ende denken und konsequent handeln. Es ist Tagwache. Weder die Nato noch die EU kommt der Schweiz zu Hilfe. Im Gegenteil, beide sind der Raum, aus dem die Probleme kommen, die wir bewältigen müssen. Mit der Migrationsinvasion fängt es jetzt an. Das Grenzwachtkorps kommt ans Limit. Die Armee muss verstärken können. Die Bürger werden ihren Staat wieder selber schützen. Wir kehren zurück zur Normalität. Wir haben auch guten Grund, denn wir stehen für einen Staat ein, bei dem wir mit Abstimmungen selber festlegen, nach welchem Modus wir leben wollen. Das gibt es sonst nirgends. Wenn man dafür etwas mehr tun muss, dann tun wir es eben. Es ist den Einsatz wert. Krempeln wir die Ärmel hoch, bereinigen wir die Dummheiten der Besserswisser von gestern und packen wir die Herausforderungen unserer Zeit an. Gemeinsam und einig. •

Armee verschiebt wegen Flüchtlingen Wiederholungskurs für 5000 Soldaten

Weil der Bund damit rechnet, dass ab Frühjahr wieder mehr Flüchtlinge die Schweiz erreichen, bringt die Armee sich in Stellung, um das *Grenzwachtkorps* zu unterstützen. Sie hat deswegen den *Wiederholungskurs* (WK) von 5000 Soldaten – allen voran von Militärpolizisten – verschoben.

Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) bestätigte am 26.2.2016 einen Bericht der Zeitung «Blick»: Für fünf Bataillone wurde im Januar der Wiederholungskurs verschoben.

Ein Bataillon leiste seinen Dienst während der Sommerferien, zwei Monate später als geplant, nannte das VBS auf Anfrage der Nachrichtenagentur *sda* ein Beispiel. Bei einem anderen wurde der WK nur um zwei Wochen verschoben. Bei zwei weiteren Bataillonen erliess die Armee Bereitschaftsaufgaben. Dabei ist aber das Datum, an dem die Soldaten zum WK einrücken müssen, gleich geblieben.

«Die Armee will damit sicherstellen, dass sie über das ganze Jahr hinweg über eine in etwa gleich bleibende Anzahl im Dienst stehender Truppen verfügt und damit auch kurzfristig für subsidiäre Einsätze zugunsten der zivilen Behörden eingesetzt werden kann», schrieb die VBS-Medienstelle.

Sollte das für die Grenze zuständige Grenzwachtkorps wegen eines starken Andrangs von Flüchtlingen überfordert sein, könnte die Armee innerhalb von 48 Stunden bis zu rund 2000 Soldaten aufbieten, hatte Armeechef *André Blattmann* dem «Blick» erklärt.

Als erstes müssten Militärpolizisten die Grenzwächter unterstützen. Reicht dies nicht, werden Infanterie-Durchdiener aufgebunden und dann die WK-Bataillone mit den Bereitschaftsaufgaben.

Blattmann hatte an der Medienkonferenz zur Armeereform am Donnerstag angedeutet, dass unter Umständen auch die Mobili-

sierung zusätzlicher Verbände ins Auge gefasst werden könnte. Am Freitag präzisierte das VBS, ein solcher Schritt brauche Zeit, da eine weitere Mobilisierung «von Bundesrat und Parlament angeordnet und beschlossen» werden müsse.

Blattmann hatte im «Blick» auch verschiedene Einsatzmöglichkeiten für die Armeeangehörigen skizziert, zum Beispiel, dass die Soldaten Flüchtlinge in Empfang nehmen und in Auffanglager bringen könnten, oder Einsätze an der Grenze.

«Die Armee hat noch keinen Auftrag», schrieb das VBS am Freitag dazu. Die Frage der Aufgaben werde «gegenwärtig zwischen den beteiligten Departementen und Instanzen – Finanzdepartement mit Grenzwachtkorps, Departement *Sommaruga* mit dem SEM und VBS mit der Armee diskutiert».

Quelle: sda vom 26.2.2016

«Die Schweiz kann Brücken bauen, wenn das sonst niemand mehr schafft»

Interview mit Bundesrat Didier Burkhalter in Radio SRF, Samstagrundschau vom 20.2.2016, Moderation: Géraldine Eicher (Auszüge)



Didier Burkhalter
(Bild wikipedia)

mw. Was die Schweiz dazu befähigt, ihre Guten Dienste auf der ganzen Welt zur Verfügung zu stellen, wenn sie benötigt werden – und sie werden heute immer dringender benötigt – ist ihre Neutralität, ihre Unparteilichkeit, ihre Glaubwürdigkeit.

Auf dieser Grundlage erklärt Bundesrat Didier Burkhalter, Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), in der Samstagrundschau vom 20. Februar 2016 auf eindrückliche Weise die humanitären und diplomatischen Aufgaben der Schweiz auf der Welt.

Beim Zuhören erinnert man sich mit grossem Befremden an die Nato-Konferenz in Zürich, zu der die Schweiz nur wenige Tage vorher, vom 16. bis 17. Februar, als Gastgeberin eingeladen hat. Offiziere aus über 40 Staaten kamen hier zusammen, um «über die zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen des veränderten Sicherheitsumfeldes» zu diskutieren und diese «allenfalls anzupassen». – «Gleichzeitig dient das Treffen auch als Festakt für das 20jährige Jubiläum der Schweizer Beteiligung an der Partnerschaft für den Frieden.» (Medienmitteilung des Bundes vom 16.2.2016)

Wie passt das zusammen? Wie kann die Schweiz ihre seit alters her übernommene Aufgabe in der Welt als neutrale und unparteiliche Vermittlerin und später als Sitz des IKRK und als Depositarstaat der Genfer Konventionen glaubwürdig wahrnehmen, wenn sie sich gleichzeitig faktisch an die Nato anbindet, an dasjenige militärische Bündnis, das seit 1999 zum Angriffskriegsbündnis mutiert ist?

Als Schweizerbürger, und ganz besonders für alle Menschen in den Kriegs- und Krisenländern dieser Welt, verpflichten wir den Bundesrat auf die Tradition der Guten Dienste, die Didier Burkhalter in so berührenden Worten dargelegt hat. Wir verpflichten ihn auch auf die immerwährende bewaffnete Neutralität, die unabdingbar verbunden ist mit einer glaubwürdigen eigenständigen Verteidigung unseres Landes. Diese Aufträge unserer Geschichte und unserer Bundesverfassung zu erfüllen steht der Schweiz weit besser an, als in einem Kriegsbündnis der «Grossen» dabeisein zu wollen.

Radio SRF (nach der Begrüssung und einigen allgemeinen Vorbemerkungen): Sie vermitteln also in Saudi-Arabien?

Bundesrat Didier Burkhalter: Wir machen keine Vermittlung zwischen Iran und Saudi-Arabien. Wir haben die Interessenvertretung zwischen zwei Ländern übernommen, zwei Grossmächten in der Region, die ihre diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben. Das ist gefährlich. Es ist schon vieles gefährlich im Mittleren Osten. Wenn es dazu noch keinen Dialog mehr gibt zwischen den verschiedenen Akteuren, dann wird es wirklich gefährlich. Darum trägt die Schweiz etwas

bei, das einen Einfluss haben kann. Eigentlich können wir darauf stolz sein.

Hat das denn wirklich Einfluss? Hat die Schweiz wirklich eine aktive Rolle, oder ist sie viel eher Postbotin zwischen Saudi-Arabien und Iran? [...]

Aber eine gute Postbotin ist eine Akteurin! [...] Wenn die Botschaft sehr wichtig ist, weil es brennt, sind Sie auch froh um die Postbotin. Diese braucht es, damit ein Kommunikationskanal gesichert wird. Dass die Werte einer starken Diplomatie verteidigt und auch konkret umgesetzt werden, ist von grosser Bedeutung. Das können wir, wir Schweizer. Wir können nicht alles, man muss immer bescheiden sein, aber wir können auch stolz sein.

Es braucht beides zusammen:

Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe

Die Entwicklungshilfe, die die Schweiz leistet, wächst langsamer als ursprünglich angedacht wurde, andererseits verstärkt die Schweiz die Nothilfe, die humanitäre Hilfe, zum Beispiel in Syrien. Das heisst, man reagiert mehr, als dass man agiert?

Wir machen beides. In dem Kreditrahmen, den wir für die nächsten vier Jahre haben, leisten wir humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. Für die Entwicklungshilfe, also die dauerhafte Hilfe, mit der wir versuchen, die Ursachen möglicher Krisen zu vermeiden, werden etwa 60 Prozent der Mittel eingesetzt. Daneben müssen wir leider in den nächsten Jahren viel tun für die humanitäre Hilfe. [...] Wenn man in einem Flüchtlingslager ist, in Jordanien oder Libanon, während der Syrien-Krise – ich habe in Jordanien ein Lager besucht, dort war zum Beispiel eine junge Frau mit zwei kleinen Kindern, das erste wurde in Syrien während des Krieges geboren, das zweite im Lager. Sie werden jahrelang dort leben. Dann braucht es nicht nur humanitäre Hilfe als Basis, sondern auch Entwicklungshilfe, zum Beispiel Schulen für die Kinder. Man kann also nicht einfach sagen, es wird zu viel oder zu wenig humanitäre Hilfe oder Entwicklungshilfe geleistet. Es braucht beides zusammen. Auch die Anstrengungen für den Frieden sind sehr wichtig, sie gehören auch dazu. Die Schweiz tut eigentlich viel für mehr Frieden und weniger Armut.

Das aktuelle Problem, das Europa zurzeit beschäftigt, sind die Flüchtlingsströme. Hilft denn Entwicklungshilfe wirklich, diese Flüchtlingsströme zu reduzieren?

Wir haben pro Jahr – wenn das Parlament zustimmt – etwa 2,5 bis 2,7 Milliarden Franken. Und jedes Jahr werden wir einen Franken von sechs direkt oder indirekt in Migrationsprojekte investieren. Direkt: das heisst, für den Schutz der Migranten vor Ort. Wenn wir die Flüchtlinge aus Syrien vor Ort gut schützen, dann werden sie nicht nach Europa gehen wollen. Und indirekt: das heisst, wir müssen vorher investieren, bevor es Gründe für eine unfreiwillige Migration gibt, so dass die Menschen dort, wo sie leben, Perspektiven haben.

Das heisst, man müsste eigentlich Entwicklungshilfe auch aus Egoismus leisten, nicht nur aus dem Gefühl der menschlichen Pflicht? [...]

Ich erlebe das nicht so. Als ich zum Beispiel in der Region um Syrien war, habe ich mit Leuten in den Flüchtlingslagern gesprochen, habe sie gefragt, was sie möchten. Fast alle haben gesagt: Wir möchten dorthin zurück, wo wir gewohnt haben. Und ich glaube, das ist auch normal. Wenn Sie selbst das erlebt hätten: Möchten Sie wirklich emigrieren? Die meisten wollen einfach zurück nach Hause. Es ist sehr schwierig für diese Menschen, weil sie seit Jahren gedacht haben, eine Rückkehr sei möglich. Deshalb sind sie in der Region geblieben. Und dann plötzlich ist die Hoffnung gestorben. Jetzt sagen viele junge Leute, aber auch Familien: Unsere Zukunft ist nicht mehr dort, wo wir herkommen. Jetzt müssen wir weg, nach Europa, wo es eine Perspektive gibt. Deshalb glaube ich: Es ist nicht egoistisch, den Leuten mehr Möglichkeiten zu geben, damit sie vor Ort bleiben und wieder nach Hause zurückkehren können.

Die Flüchtlingsströme beschäftigen uns seit Monaten. Machen wir eine kurze Tour d'horizon durch diese Woche. Europa macht die Grenzen immer dichter. [...] Was kommt auf die Schweiz zu?

Was auf die Schweiz zukommt, darauf haben wir uns schon vorbereitet. Wir wissen schon lange, dass die Situation sich verschlimmern kann. Wenn die Krise in Syrien, die Krise im Jemen, die Krise in Libyen, die noch immer sehr gefährlich sein können, nicht gelöst werden, wenn sie nicht politisch gelöst werden, dann wird es weiter Probleme mit der Migration geben. Es braucht eine politische Lösung. Dazu gehört ein Dialog mit allen, so dass es wieder möglich ist, ein Land aufzubauen in dieser Region, einen Staat aufzubauen, einen dauerhaften Rechtsstaat. Wir in der Schweiz haben nationale Lösungen [für eine zunehmende Zahl von Migranten]. Lösungen, die jetzt in Deutschland oder Schwe-

«Die Schweiz hat immer gesagt: Ohne wirklich zu beurteilen, wer hat recht oder nicht recht, ist es sehr wichtig, einen Dialog aufrechtzuerhalten zwischen Russland und den westlichen Ländern.»

den diskutiert werden in bezug auf eine gesetzliche Regelung, haben wir schon in unseren Gesetzen. Ich hoffe, das neue Asylgesetz wird von der Bevölkerung angenommen – in der Referendumsabstimmung. [Das Referendum gegen die Änderung des Asylgesetzes vom 25.9.2015 ist zustande gekommen; das Schweizervolk wird am 5. Juni 2016 darüber abstimmen.] Auch auf die Gefahr, dass es Routen durch die Schweiz geben könnte, sind wir vorbereitet. Wir befassen uns im Bundesrat jeden Tag, jede Woche mit den aktuellen Informationen und unserem Standpunkt dazu. Zurzeit haben wir alles unter Kontrolle, aber wir wissen, dass es gefährlich und schwierig sein kann. [...] Der Bundesrat und die Kantone sind gemeinsam zuständig für diese Probleme und arbeiten gut zusammen. Wenn es schwieriger wird, werden wir die Beschlüsse, die nötig sind, dann treffen.

Aussenpolitik: «Die Schweiz ist sehr wichtig auf diesem Kontinent ...»

Die Aussenpolitik ist generell von Instabilität geprägt, selbst die EU könnte zerfallen. Fürchten Sie dies, oder glauben Sie fest an Angela Merkels Aussage «Wir schaffen das»? Ich glaube vor allem fest an die Schweiz. Ich habe grossen Respekt gegenüber Frau Merkel. Aber die Frage für den Bundesrat ist nicht, ob wir etwas fürchten für die EU oder ob wir jemanden gern oder nicht gern haben. Für uns sind die Interessen und Werte der Schweiz wichtig. Wir leben auf einem Kontinent, Europa, und wir sind sehr wichtig auf diesem Kontinent, obwohl wir nicht ein so grosses Land sind. Dieses Jahr werden wir zum Beispiel den Gotthardtunnel eröffnen [gemeint

ist der Gotthard-Basistunnel, ein 57 km langer Eisenbahntunnel], dann sieht man ganz konkret, wie wichtig die Schweiz auf diesem Kontinent ist. In dieser Richtung wollen wir weiter schreiten. Bei den verschiedenen Problemen der Sicherheit und der Migration arbeiten wir sehr praktisch und konstruktiv.

Kürzlich hat Russlands Premier Medwedew gesagt, die Welt befinde sich in einem neuen Kalten Krieg. Hat er etwas mit dem Gefühl der Unsicherheit gespielt, oder ist das vielleicht schon eine Drohung?

Ich glaube, es gibt eine Spannung, die schon in den letzten zehn Jahren grösser wurde – es wurde vielleicht nicht bemerkt, oder man wollte es nicht bemerken – zwischen Russland und Europa, oder dem «Westen», zwischen Russland und den Nato-Ländern und Nato-Projekten. Sagen wir es einmal so. Das ist gefährlich. Die Schweiz hat immer gesagt: Ohne beurteilen zu wollen, wer recht oder nicht recht hat, ist es sehr wichtig, einen Dialog aufrechtzuerhalten zwischen Russland und den westlichen Ländern. Diesen Dialog werden wir auch in den nächsten Jahren weiterführen, so wie wir ihn begonnen haben, als wir in der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) Leaderfunktion hatten. Denn wir glauben, die Zukunft der Sicherheit in Europa, das heisst, auch unsere Zukunft, hängt von dieser Frage ab: Können wir Europa noch als gemeinsames Projekt der Sicherheit sehen? Wenn ja, dann müssen wir es zusammengehen.

«Mit der Schweiz kann man etwas tun in Richtung Frieden»

Welche Rolle spielt da künftig die Schweiz? Sie war früher einmal Vermittlerin in verschiedenen Konflikten, und spätestens als das Tauwetter zwischen Kuba und den USA entstand, hatte man den Eindruck, diese Rolle ist gar nicht mehr nötig. War das ein Trugschluss?

In bezug auf Mediationen erhalten wir Anfragen von überall in der Welt. Auch für Fazilitationen¹ und Interessenvertretungen werden wir jetzt wieder etwas mehr angefragt, neben Saudi-Arabien und Iran haben wir noch einige andere Anfragen. Auf Grund der zunehmenden Spannungen zwischen vielen Akteuren werden die Guten Dienste der Schweiz in der nächsten Zeit eher noch mehr beansprucht werden, auch in der Form von Fazilitationen und Mediationen.

[...] Spüren Sie da vielleicht sogar eine Erwartungshaltung der internationalen Gemeinschaft? Dass sie erwartet, dass die Schweiz sich aktiver einbringt?

Ja, das habe ich erlebt, vor allem seit dem OSZE-Präsidium [Die Schweiz führte 2014 das OSZE-Präsidium] erlebe ich das fast täglich. Meine SMS kommen jetzt fast aus der ganzen Welt, oft sind sie sehr wichtig. Sie zeigen: Es besteht ein Interesse für eine Partnerin, die Schweiz, die fast ... ja, einzigartig ist. Das Spezifische der Schweiz ist die Neutralität, vor allem eine Unparteilichkeit, die glaubwürdig ist, weil die Schweiz während sehr langer Zeit klar gezeigt hat, wie sie irgendwie Brücken bauen kann, wenn das sonst niemand mehr schafft. Es ist sehr wichtig, dass wir das weiterführen, ich glaube, es ist die Tradition der Schweiz. Wissen Sie, wenn die Leute auf der Strasse mit mir sprechen, sagen viele – und sie kommen von allen politischen Strömungen oder sozialen Schichten – sie glauben einfach: die Schweiz, das ist der Friede. Mit der Schweiz kann man etwas tun in Richtung Frieden. Und das gehört zu allen Schweizern, es ist nicht nur eine Aufgabe der offiziellen Schweiz, sondern irgendwie eine «genetische» Aufgabe der Schweizer. •

Quelle: Radio SRF, Samstagrundschau vom 20. Februar 2016; Moderation: Géraldine Eicher

¹ «Fazilitation ist auch ein Instrument der Guten Dienste und bedeutet, dass in einem Verhandlungsprozess logistische oder gastgeberische Aufgaben übernommen werden. Als Fazilitatorin stellt die Schweiz passende Räumlichkeiten zu Verfügung und garantiert ein sicheres Umfeld, ist aber weder in die Prozessgestaltung noch inhaltlich in die Verhandlungen involviert.» <https://www.eda.admin.ch>

Schweiz verhandelt in humanitären Fragen direkt mit Assad-Regierung

Die Schweiz verhandelt seit drei Jahren direkt mit der Regierung von Syriens Präsident Baschar al-Assad über humanitäre Belange. Dieser Zugang zum Regime sei einzigartig, sagte Yves Rossier, Staatssekretär im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

«Wir sind die einzigen», sagte Rossier gegenüber der Sendung «HeuteMorgen» auf Radio SRF. Gleichzeitig werde das Engagement der Schweiz «von den anderen Seiten sehr geschätzt». Vor jedem dieser diplomatischen Treffen mache man zusammen mit den grossen internationalen Hilfsorganisationen «sozusagen eine Shopping-Liste».

Die syrische Regierung sei sehr misstrauisch gewesen gegenüber diesen Diskussionen, sagte der Schweizer Chefdiplomat. «Es brauchte Zeit. Während des ersten Jahres war es sehr, sehr schwierig.»

In den humanitären Bemühungen gehe es um «lauter konkrete Arbeitsverbesserungen». So habe man etwa deutlich mehr Visa für humanitäres Personal in Syrien und leichtere Abfertigung über die Checkpoints erreichen können.

Die Schweiz wolle diese Verbindung «möglichst nicht politisch halten», betonte Rossier. «Die Vertrauensbeziehung mit dem humanitären Arm der syrischen Regierung ist wichtig.»

Quelle: sda vom 9.2.2016

«Vergiftung der Debattenkultur» Ein besorgter Blick nach Deutschland

von Karl Müller

1952, nur wenige Jahre nach dem Krieg und nur ein Jahr nach seiner Arbeitsaufnahme, hat das deutsche *Bundesverfassungsgericht* das erste Mal in seiner Geschichte eine Partei verboten: die *Sozialistische Reichspartei SRP*. Diese Partei sah sich selbst in der Nachfolge der NSDAP. Vier Jahre später, im Jahr 1956, folgte das bislang einzige weitere Parteiverbot, nämlich das der *Kommunistischen Partei Deutschlands KPD*. Das Bundesverfassungsgericht versuchte, mit beiden Verboten dem zu entsprechen, was das noch junge Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in seinen Bestimmungen über Parteien (Artikel 21 Grundgesetz) als wehrhafte Demokratie vorgab, nämlich dass «Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, [...] verfassungswidrig [sind]». Und: «Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.» Insbesondere die letztgenannte Bestimmung sollte sicherstellen, dass der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit kein Mittel des Wahlkampfes und der Diffamierung unerwünschter politischer Gegner wird und dass der Feststellung der Verfassungswidrigkeit eine gründliche rechtliche Prüfung vorausgeht.

Vielen ist unbekannt, wie das Bundesverfassungsgericht damals Verfassungswidrigkeit definierte und dabei insbesondere den Begriff der *freiheitlichen demokratischen Grundordnung* (FDGO), der ja im Artikel 21 genannt wird, klärte. An diese Definition kann auch heute nicht oft genug erinnert werden:

«Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmässigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmässige Bildung und Ausübung einer Opposition.» (BVerfGE 2, 1; Leitsatz 2, 12 f.)

Nichtsdestoweniger hat es in Deutschland mittlerweile überhandgenommen, unerwünschte politische Meinungen und Ak-

tivitäten unter das Verdikt des politischen «Extremismus» und damit der Verfassungswidrigkeit zu stellen. War es während vieler Jahrzehnte während des Kalten Krieges opportunistisch, vor allem vor dem «Linksextremismus» zu warnen und sehr viele gesellschaftskritische Regungen so zu etikettieren, so wurde dies in den ersten Jahren nach 1990, unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes und den in vielerlei Hinsicht katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieses Beitritts für die Menschen im Osten Deutschlands, und auch jetzt wieder seit ein paar Jahren von interessierter Seite aus gewendet: In den Jahren nach 1990 und jetzt wieder wird von der grossen Gefahr des «Rechtsextremismus» gesprochen. Und auch jetzt wieder zielt dies vor allem auf die Bürger im Osten Deutschlands.

Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, *Wolfgang Thierse*, stellte die Menschen in Ostdeutschland erneut unter einen Generalverdacht. Er hatte sich geäussert, nachdem in einer ostdeutschen Stadt die Insassen eines Busses von rund 100 Menschen mit dem laut skandierten Ruf «Wir sind das Volk» am Aussteigen vor einer Flüchtlingsunterkunft gehindert werden sollten und nachdem in einer anderen ostdeutschen Stadt eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Brand gesetzt worden war. Thierse wusste das Geschehen sofort einzuordnen und sagte, die Menschen im Osten seien «empfänglicher für menschenfeindliche Botschaften» und «weniger gefestigt in [ihren] demokratischen und moralischen Überzeugungen». Das erinnert an die 90er Jahre, als Gewalttaten von Jugendlichen in Ostdeutschland mit absurden Thesen erklärt werden sollten, die vor allem eines bezweckten: die Erziehung und die Schulen der ehemaligen DDR in ein schiefes Licht zu rücken.

Wie gross der Unterschied zwischen Fremd-Etikettierung und Selbstwahrnehmung in Ostdeutschland ist, zeigt ein vor ein paar Wochen erschienenes Buch von einem *Pegida*-Teilnehmer (*Sebastian Hennig*: «Pegida. Spaziergänge über den Horizont. Eine Chronik»). Im Vorwort des Buches heisst es: «Es ist nicht zu leugnen: Die Mehrheit der Pegida-Demonstranten sind Menschen, die bereits im Herbst 1989 auf den Strassen waren. [...] Der Aufbruch bei Pegida von 2014/15 ist nicht die Fortsetzung der Revolution von 1989/90. Aber es gibt Parallelen: Bei näherer Betrachtung sogar erstaunlich viele Parallelen. Es haben sich Probleme angestaut, deren ganze Dimension mit den Sprachregelungen des herrschenden politischen Systems nicht ausgesprochen werden kann. Diejenigen, die als erste die offenen Fragen in einer eigenen, volksnahen Sprache öffentlich zu artikulieren suchten, wurden von der gleichgeschalteten –

oder sich so gebenden – Presse als Nazis diffamiert. Die bornierte Reaktion der Medien hat die Proteste angestachelt und somit als Mobilisierungsfaktor gewirkt. Und die Rede vom «Naziaufmarsch» ist auch heute ein Ausdruck der Hilflosigkeit der politischen Verantwortungsträger, deren eingeschliffene Denkmuster angemessene Antworten auf die neue Wirklichkeit weder kennen noch zulassen. Der erste Satz des ersten Aufrufs des *Neuen Forum* vom September 1989 hat heute wieder eine erstaunliche Aktualität: «In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.»

Michael Beileites, der Verfasser des Vorwortes zum Buch, war immerhin 10 Jahre lang, von 2000 bis 2010, *Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen*. Könnte es nicht sein, dass viele Menschen in Ostdeutschland ein ausgeprägteres Sensorium für Lug und Trug in der Politik und diktatorische Tendenzen haben?

Ein Parteikollege von Wolfgang Thierse, der deutsche Justizminister *Heiko Maas*, ging noch weiter als jener. Er rückte alle diejenigen, die an der Rechtmässigkeit der derzeitigen deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik zweifeln, in die Nähe von «geistigen Brandstiftern». Auch der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht *Udo Di Fabio*, der ein Rechtsgutachten für die Bayerische Staatsregierung verfasst hatte, blieb da offensichtlich nicht ausgenommen, so dass selbst eine *Mainstream-Zeitung* wie der «Kölner Stadt-Anzeiger» am 15. Februar 2016 schrieb: «Die Vergiftung der Debattenkultur gipfelte zuletzt darin, dass Justizminister Heiko Maas (SPD) Di Fabio in die Ecke geistiger Brandstiftung rückte.» Nur kurze Aufmerksamkeit fand eine totale verbale Entgleisung des CDU-Politikers und EU-Kommissars *Günther Oettinger* gegenüber der Vorsitzenden der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), *Frauke Petry*. In normalen Zeiten müssten solche Ehrverletzungen einen Rücktritt zur Folge haben.

Aber diese «Vergiftung der Debattenkultur» ist kein Zufall. Sie zielt auf Diffamierung und eine Schwächung der Demokratie. Eine breite «verfassungsmässige Bildung und Ausübung einer Opposition» soll verhindert werden. Das Prinzip heisst: «Teile und herrsche!» Das kann nur eine Folge davon sein, dass die politische Klasse des Landes gegen die Mehrheit des Volkes regieren will und eine Politik mit dem Argument nicht mehr möglich scheint. Und das in einer Zeit tatsächlich grosser Aufgaben. In der Tat steckt die deutsche Politik schon längere Zeit in einer Vielzahl tiefer realer Krisen. Das bestätigt selbst ein aufmerksamer Blick in die Massenmedien. Diese Krisen werden allerdings nicht lösungsorientiert angegan-

gen, sondern tatsächlich (und bewusst?) verschärft. Anstatt mit den Bürgern des Landes gemeinsam nach Lösungen zu suchen, denen die Mehrheit der Bürger dann auch Vertrauen entgegenbringen könnte, werden Ausnahmezustände konstruiert, wird von «Alternativlosigkeit» gesprochen, wird exekutiv durchregiert, wird gegen die Bürger regiert – alles sekundiert von vielen Medien, aber auch von ausserhalb des Landes mit scheinbar noblen Namen von Persönlichkeiten und internationalen Organisationen. Eines ist schon sicher: Lösungen und Ergebnisse im Sinne des *Bonum commune* wird es so nicht geben.

William F. Engdahl hat in seinem Buch «Mit der Ölwanne zur Weltmacht» ein Kapitel mit «Das «Projekt Hitler»» überschrieben. Hier wird nachgezeichnet, wie Kreise der Finanzwelt aus den USA und Grossbritannien in den 20er und 30er Jahren des letzten Jahrhunderts alles daran setzten, europäische Demokratien zu schwächen und Diktatoren an die Macht zu bringen. Andere Bücher wie das des britischen Historikers *Antony C. Sutton*, «Wallstreet und der Aufstieg Hitlers», das 2001 erschienene Buch des Schweizer Historikers *Walter Hofer* und des US-amerikanischen Historikers *Herbert R. Rogin*, «Hitler, der Westen und die Schweiz 1936–1945» oder das erst vor wenigen Jahren erschienene Buch von *Hermann Ploppa*, «Hitlers amerikanische Lehrer. Die Eliten der USA als Geburtshelfer des Nationalsozialismus» untermauern und vertiefen die These von Engdahls Buch.

Heute muss kein neuer *Hitler* kommen, aber die Gefahr der Diktatur, auch die einer erneuten Diktatur in Deutschland – dieses Mal wahrscheinlich mit einer anderen weltpolitischen Stossrichtung und anderen Propagandafarmeln als in den 12 Jahren zwischen 1933 und 1945 – besteht. Was sonst soll der Sinn des heraufbeschworenen Chaos sein? Sind es lediglich Unwissen, Ignoranz und Abgehobenheit, die der politischen Klasse in Deutschland den demokratischen Weg versperren? Oder steckt ein Plan dahinter?

Von *Martin Niemöller*, dem von den Nationalsozialisten verfolgten evangelischen Theologen, sind folgende Sätze überliefert: «Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.»

Haben diese Sätze in Anbetracht der «Vergiftung der Debattenkultur» und der sozialen Ausgrenzungsversuche in Deutschland heute wieder an Aktualität gewonnen? •

Immer mehr Zonen ohne staatliches Recht in Deutschland

Eine Polizistin beschreibt den Alltag in deutschen Grossstädten



rt. Im November 2013 sorgte ein Leserbrief in der Zeitschrift *Deutsche Polizei* für Aufsehen. Die griechischstämmige Polizistin, *Tania Kambouri*, schildert darin offen ihren Alltag als Streifenpolizistin. Präzise beschreibt sie, wie mitten in Deutschland rechtsfreie Räume in meistens muslimisch dominierten Stadtteilen im Ruhrgebiet, Bremen oder Berlin entstehen. Als Polizistin stösst sie auf immer mehr Schwierigkeiten in der Ausübung ihres Berufes; als Beamtin wird sie immer weniger respektiert. Deutlich wird aber auch ihre eigene Betroffenheit, wenn sie als Mensch nicht mehr auf den nötigen Anstand trifft und in ihrer Würde verletzt wird. Ihr Leserbrief fand unter ihren Kollegen sehr breite Zustimmung.

Das ermutigte Kambouri, ihre Erfahrungen in dem Buch «Deutschland im Blaulicht. Notruf einer Polizistin» ausführlicher darzustellen. Ausgehend von alltäglichen Situationen, die sie als Streifenpolizistin erlebt, wie zum Beispiel Falschparken, Streitereien, Prügeleien oder Ausweiskontrollen, beschreibt die 33jährige, dass die Grundregel der freiheitlich-demokratischen Grundordnung besonders von bestimmten Migrantengruppen immer weniger respek-

tiert wird. Die Betroffenen anerkennen die Polizei nicht als Vertreter der staatlichen Ordnung, sondern sehen sie als Gegner. Das bedeutet in der Praxis, dass Polizisten immer häufiger ihren gesetzlichen Auftrag nicht erfüllen können, weil sie fürchten müssen, Opfer tätlicher Gewalt zu werden. Das Recht kann nicht mehr durchgesetzt werden. Es entstehen rechtsfreie Räume, in denen nicht mehr die staatlichen Regeln gelten, sondern das Recht des Stärkeren.

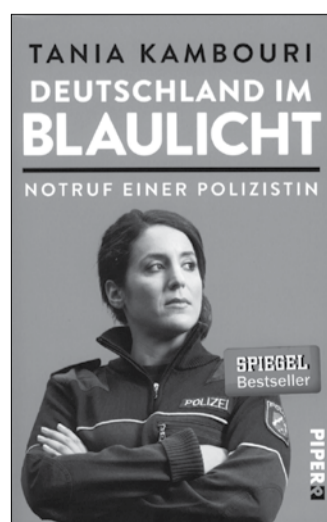
Kritisch steht Kambouri den sogenannten «Friedensrichtern» muslimisch geprägter Clans gegenüber, die zunehmend bei Streitigkeiten unter Muslimen schlichteten. Diese urteilen nicht nach deutschen Gesetzen, sondern nach ihren Traditionen. Damit werden Parallelstrukturen weiter verfestigt und die staatliche Ordnung unterminiert. Bisher schauen Politik und Justiz weg. Kambouri fordert nicht zuletzt darum mehr politischen und juristischen Beistand für die Arbeit der Polizei.

Sie bleibt jedoch nicht bei einer Schilderung der Missstände stehen, sondern analysiert mögliche Ursachen und schlägt Auswege vor. Wohl nicht zufällig knüpft sie dabei an Vorschläge der – leider viel zu früh verstorbenen – Berliner Staatsanwältin *Kirsten Heisig*¹ an. Nur durch konsequentes und wirkungsvolles Durchsetzen staatlicher Normen und mit entsprechenden rechtsstaatlichen Mitteln kann es gelingen, die Parallelstrukturen wieder aufzulösen. Der Anfang muss schon im Kindergarten gelegt werden. Sowohl das Erlernen der Sprache als auch eine vernünftige Zusammenarbeit mit den Eltern müssen erwartet und eingefordert werden. Regelwidrigkeiten oder Gesetzesverstösse – auch kleine – müssen zeitlich direkt sanktioniert werden, damit ein Lernerfolg beziehungsweise eine Verhaltensänderung erfolgen kann. Dabei müssen verschiedene beteiligte Ämter und Institutionen enger zusammenarbeiten. Auch eine direkte Kürzung der Sozial-

leistungen muss in Betracht gezogen werden. Ähnlich wie Heisig stellt Kambouri einen Zusammenhang zwischen zeitlich verzögerter beziehungsweise zu schwacher Sanktion und einer Verfestigung delinquenten Verhaltens fest.

Kambouri lässt sich, trotz verschiedener Versuche der politischen Vereinnahmung, nicht in ein Schema pressen. Ihre Position bleibt das deutsche Grundgesetz. Selbstverständlich ist für sie, dass es für jeden Migranten möglich ist, sich selbst aktiv in das Land zu integrieren, was die Mehrheit auch tut. Dazu sind Eigenleistung und Anpassung erforderlich, und diese müssen auch von der Gesellschaft eingefordert werden.

Am Ende ihres Buches beschreibt die Autorin den zunehmend schwieriger werdenden Alltag der Polizei. Es wird offensichtlich, dass Polizisten in Deutschland ein unerträgliches Mass an Beschimpfungen und sogar an Tätlichkeiten über sich ergehen lassen müssen und dabei häufig von Politik und Justiz im Stich gelassen werden. Tania Kambouri fordert mehr Verständnis und Unterstützung. •



ISBN 978 3 492 06024 0

¹ Kirsten Heisig, *Das Ende der Geduld. Konsequenz gegen jugendliche Gewalttäter*. ISBN 978 3 451 30204 6

«... möge diese Begegnung ein Zeichen der Hoffnung für alle Menschen guten Willens sein»

Gemeinsame Erklärung von Papst Franziskus und Patriarch Kyrill von Moskau und der ganzen Rus

zf. Fast 1000 Jahre nach der auf das Jahr 1054 angesetzten Spaltung der Kirche in die römisch-katholische mit Sitz in Rom und die orthodoxe mit Sitz im damaligen Konstantinopel ist es beiden christlichen Kirchen gelungen, zum Ausdruck zu bringen, dass man die bestehenden Differenzen überwinden will, und die Gemeinsamkeiten in der religionsgeschichtlichen Betrachtung, im christlichen Glauben und in zentralen ethischen Fragen in einer gemeinsamen Erklärung festzuhalten. Das ist ein historisches Ereignis und ein Zeichen dafür, dass und wie es möglich ist, auch schwerwiegende Differenzen zu überwinden und in Anbetracht der Lage in der Welt die Gemeinsamkeiten ins Zentrum zu stellen. In diesem Sinne könnte die folgende gemeinsame Erklärung auch eine Wegweisung für das derzeit erneut höchst angespannte und explosive Ost-West-Verhältnis sein.

Wir dokumentieren im folgenden den vollständigen Wortlaut der Erklärung.

«Die Gnade Jesu Christi, des Herrn, die Liebe Gottes und die Gemeinschaft des Heiligen Geistes sei mit euch allen!»
(2 Kor 13,13)

1. Durch den Willen Gottes des Vaters, von dem jede Gabe kommt, im Namen unseres Herrn Jesus Christus und mit dem Beistand des Heiligen Geistes des Trösters haben wir, Papst Franziskus und Kyrill, Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, uns heute in Havanna getroffen. Wir danken Gott, der in der Dreifaltigkeit verherrlicht ist, für diese Begegnung, die erste in der Geschichte.

Mit Freude sind wir als Brüder im christlichen Glauben zusammengekommen, die sich treffen, um persönlich miteinander zu sprechen (vgl. 2 Joh 12), von Herz zu Herz, und die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Kirchen, den wesentlichen Problemen unserer Gläubigen und die Aussichten zur Entwicklung der menschlichen Zivilisation zu erörtern.

2. Unser brüderliches Treffen hat auf Kuba stattgefunden, am Kreuzungspunkt von Nord und Süd sowie von Ost und West. Von dieser Insel, dem Symbol der Hoffnungen der «Neuen Welt» und der dramatischen Ereignisse der Geschichte des 20. Jahrhunderts, richten wir unser Wort an alle Völker Lateinamerikas und der anderen Kontinente.

Wir freuen uns, dass der christliche Glaube hier in dynamischer Weise im Wachsen begriffen ist. Das starke religiöse Potential Lateinamerikas, seine jahrhundertealte christliche Tradition, die in der persönlichen Erfahrung von Millionen von Menschen zum Ausdruck kommt, sind die Garantie für eine grosse Zukunft für diese Region.

3. Da wir uns weit weg von den alten Auseinandersetzungen der «Alten Welt» treffen, empfinden wir mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit einer gemeinsamen Arbeit zwischen Katholiken und Orthodoxen, die gerufen sind, mit Sanftmut und Respekt der Welt Rede und Antwort zu stehen über die Hoffnung, die uns erfüllt (vgl. 1 Petr 3,15).

4. Wir danken Gott für die Gaben, die wir durch das Kommen seines einzigen Sohnes in die Welt empfangen haben. Wir teilen die gemeinsame geistliche Tradition des ersten Jahrtausends der Christenheit. Die Zeugen dieser Tradition sind die Allerseligste Gottesmutter und Jungfrau Maria und die Heiligen, die wir verehren. Unter ihnen sind ungezählte Märtyrer, die ihre Treue zu Christus bezeugt haben und «Samen der Christen» geworden sind.

5. Trotz dieser gemeinsamen Tradition der ersten zehn Jahrhunderte sind Katholiken und Orthodoxe seit ungefähr tausend Jahren der Gemeinschaft in der Eucharistie beraubt. Wir sind getrennt durch Wunden, die durch Konflikte in ferner oder naher Vergangenheit hervorgerufen wurden, durch von den Vorfahren ererbte Gegensätze im Verständnis und in der Ausübung unseres Glaubens an Gott, einer in drei Personen – Vater, Sohn und Heiliger Geist. Wir beklagen den Verlust der Einheit als Folge der menschlichen Schwäche und der Sünde, die trotz des Hohepriesterlichen Gebets Christi, des Erlösers, eingetreten ist: «Alle sollen



Bild reuters

eins sein: Wie du, Vater, in mir bist und ich in dir bin, sollen auch sie in uns sein» (Joh 17,21).

6. Im Bewusstsein, dass zahlreiche Hindernisse andauern, hoffen wir, dass unsere Begegnung zur Wiederherstellung dieser von Gott gewollten Einheit, für die Christus gebetet hat, beitragen kann. Möge unser Treffen die Christen in aller Welt inspirieren, Gott mit neuem Eifer um die volle Einheit aller seiner Jünger zu bitten. In einer Welt, die von uns nicht nur Worte, sondern auch konkrete Taten erwartet, möge diese Begegnung ein Zeichen der Hoffnung für alle Menschen guten Willens sein!

7. In unserer Entschlossenheit, alles, was notwendig ist, zu unternehmen, um die uns überkommenen geschichtlichen Gegensätze zu überwinden, wollen wir unsere Bemühungen vereinen, um das Evangelium Christi und das allgemeine Erbe der Kirche des ersten Jahrtausends zu bezeugen und miteinander auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Welt zu antworten. Orthodoxe und Katholiken müssen lernen, in Bereichen, wo es möglich und notwendig ist, ein einmütiges Zeugnis für die Wahrheit zu geben. Die menschliche Zivilisation ist in eine Zeit epochalen Wandels eingetreten. Unser christliches Gewissen und unsere pastorale Verantwortung erlauben es uns nicht, angesichts der Herausforderungen, die eine gemeinsame Antwort erfordern, untätig zu bleiben.

8. Unser Augenmerk richtet sich in erster Linie auf die Gebiete in der Welt, wo die Christen Opfer von Verfolgung sind. In vielen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas werden Familien, Dörfer und ganze Stände unserer Brüder und Schwestern in Christus ausgelöscht. Ihre Kirchen werden verwüstet und barbarisch ausgeplündert, ihre sakralen Gegenstände profaniert, ihre Denkmäler zerstört. In Syrien, im Irak und in anderen Ländern des Nahen Ostens stellen wir mit Schmerz eine massenhafte Abwanderung der Christen fest, aus dem Gebiet, in dem sich unser Glaube einst auszubreiten begonnen hat und wo sie seit den Zeiten der Apostel zusammen mit anderen Religionsgemeinschaften gelebt haben.

9. Bitten wir die internationale Gemeinschaft, dringend zu handeln, um einer weiteren Vertreibung der Christen im Nahen Osten zuvorzukommen. Wenn wir die Stimme zur Verteidigung der verfolgten Christen erheben, möchten wir zugleich unser Mitgefühl für die Leiden zum Ausdruck bringen, die die Angehörigen anderer religiöser Traditionen erfahren, welche ihrerseits Opfer von Bürgerkrieg, Chaos und terroristischer Gewalt geworden sind.

10. In Syrien und im Irak hat die Gewalt bereits Tausende von Opfern gefordert sowie Millionen von Menschen obdachlos und ohne Mittel zurückgelassen. Wir rufen die internationale Gemeinschaft auf, sich zu vereinen, um der Gewalt und dem Terrorismus ein Ende zu setzen, und zugleich durch den Dialog zu einer raschen Wiederherstellung des inneren Friedens beizutragen. Es ist entscheidend, eine humanitäre Hilfe in grossem Umfang für die gepeinigten Bevölkerungen und für die so vielen Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern bereitzustellen.

Wir bitten alle, die auf das Schicksal der Entführten, unter ihnen die Metropoliten von Aleppo, Pavlos und Yohanna Ibrahim, die im April 2013 verschleppt wurden, Einfluss neh-

men können, alles zu unternehmen, was für ihre rasche Befreiung nötig ist.

11. Flehen wir in unseren Gebeten zu Christus, dem Erlöser der Welt, um die Wiederherstellung des Friedens im Nahen Osten, der «das Werk der Gerechtigkeit» (Jes 32,17) ist, auf dass sich das brüderliche Zusammenleben zwischen den verschiedenen Volksgruppen, Kirchen und Religionen dort intensiviere, auf dass die Flüchtlinge in ihre Häuser zurückkehren können, die Verletzten wieder genesen und die Seelen der unschuldig Getöteten die Ewige Ruhe finden.

Einen dringenden Appell richten wir an alle Parteien, die in die Konflikte verwickelt sein können, auf dass sie guten Willen zeigen und sich an den Verhandlungstisch setzen. Zugleich ist es nötig, dass die internationale Gemeinschaft alle möglichen Anstrengungen unternimmt, um dem Terrorismus mit Hilfe von gemeinsamen, vereinten und abgestimmten Aktionen ein Ende zu setzen. Wir rufen alle Länder auf, die in den Kampf gegen den Terrorismus involviert sind, in verantwortungsvoller und umsichtiger Weise zu handeln. Wir ermahnen alle Christen und alle Gottgläubigen, mit Inbrunst den sorgenden Schöpfer der Welt zu bitten, auf dass er seine Schöpfung vor der Vernichtung bewahre und keinen neuen Weltkrieg zulasse. Für einen dauerhaften und zuverlässigen Frieden sind besondere Bemühungen erforderlich, die darauf ausgerichtet sind, die gemeinsamen, uns verbindenden Werte wiederzuentdecken, die im Evangelium unseres Herrn Jesus Christus ihr Fundament haben.

12. Wir verbeugen uns vor dem Martyrium derjenigen, die auf Kosten ihres eigenen Lebens die Wahrheit des Evangeliums bezeugt haben und den Tod der Verleugnung des Glaubens an Christus vorgezogen haben. Wir glauben, dass diese Märtyrer unserer Zeit, die verschiedenen Kirchen angehören, aber im gemeinsamen Leiden geeint sind, ein Unterpfand der Einheit der Christen sind. An euch, die ihr für Christus leidet, richtet sich das Wort des Apostels: «Liebe Brüder! ... Freut euch, dass ihr Anteil an den Leiden Christi habt; denn so könnt ihr auch bei der Offenbarung seiner Herrlichkeit voll Freude jubeln» (1 Petr 4,12–13).

13. In dieser beunruhigenden Zeit ist der interreligiöse Dialog unerlässlich. Die Unterschiede im Verständnis der religiösen Wahrheiten dürfen die Menschen unterschiedlicher Glaubensüberzeugungen nicht davon abhalten, in Frieden und Eintracht zu leben. Unter den aktuellen Umständen haben die Leiter der Religionsgemeinschaften die besondere Verantwortung, ihre Gläubigen in einem respektvollen Geist gegenüber den Überzeugungen derer, die anderen religiösen Traditionen angehören, zu erziehen. Absolut inakzeptabel sind die Versuche, kriminelle Handlungen mit religiösen Slogans zu rechtfertigen. Kein Verbrechen kann im Namen Gottes begangen werden, «denn Gott ist nicht ein Gott der Unordnung, sondern ein Gott des Friedens» (1 Kor 14,33).

14. Indem wir den hohen Wert der Religionsfreiheit bekräftigen, danken wir Gott für die noch nie dagewesene Erneuerung des christlichen Glaubens, die gerade in Russland und in vielen Ländern Osteuropas geschieht, wo über Jahrzehnte hinweg atheistische Regime vorgeherrscht haben. Heute sind die

Ketten des militanten Atheismus zerbrochen, und die Christen können an vielen Orten ihren Glauben frei bekennen. In einem Vierteljahrhundert sind Zehntausende von neuen Kirchen gebaut sowie Hunderte von Klöstern und theologischen Schulen eröffnet worden. Die christlichen Gemeinschaften bringen eine wichtige karitative und soziale Aktivität voran, indem sie den Bedürftigen vielfältige Unterstützung bieten. Orthodoxe und Katholiken arbeiten oft Seite an Seite. Sie bestätigen die bestehenden gemeinsamen spirituellen Fundamente des menschlichen Zusammenlebens und bezeugen die Werte des Evangeliums.

15. Gleichzeitig sind wir über die Situation in vielen Ländern besorgt, in denen die Christen immer häufiger mit einer Einschränkung der religiösen Freiheit, des Rechts, die eigenen Überzeugungen zum Ausdruck zu bringen, und der Möglichkeit, ihnen entsprechend zu leben, konfrontiert sind. Besonders stellen wir fest, dass die Transformation einiger Länder in säkularisierte Gesellschaften, die jedem Bezug zu Gott und seiner Wahrheit fernstehen, eine schwere Bedrohung für die Religionsfreiheit darstellt. Quelle zur Beunruhigung ist für uns die gegenwärtige Beschränkung der Rechte der Christen, wenn nicht gar ihre Diskriminierung, wenn gewisse politische Kräfte, die durch die Ideologie eines oft sehr aggressiven Säkularismus geleitet werden, sie an den Rand des öffentlichen Lebens zu drängen versuchen.

16. Der Prozess der Integration Europas, der nach Jahrhunderten blutiger Konflikte begonnen wurde, ist von vielen mit Hoffnung aufgenommen worden, wie eine Garantie für Frieden und Sicherheit. Wir möchten allerdings dazu einladen, gegenüber einer Integration, die die religiöse Identität nicht achtet, wachsam zu sein. Auch wenn wir für den Beitrag anderer Religionen zu unserer Kultur offen sind, sind wir davon überzeugt, dass Europa seinen christlichen Wurzeln treu bleiben muss. Wir bitten die Christen Ost- und Westeuropas sich im gemeinsamen Zeugnis für Christus und das Evangelium zu vereinen, so dass Europa seine Seele bewahrt, die sich in zweitausend Jahren christlicher Tradition gebildet hat.

17. Unser Blick richtet sich auf die Menschen, die sich in grosser Schwierigkeit befinden, die unter Bedingungen extremer Bedürftigkeit und Armut leben, während der materielle Reichtum der Menschheit zunimmt. Wir können nicht gleichgültig gegenüber dem Los von Millionen von Migranten und Flüchtlingen sein, die an die Tür der reichen Länder klopfen. Der zügellose Konsum, wie man ihn in einigen der am meisten entwickelten Länder antrifft, beginnt allmählich, die Ressourcen unseres Planeten aufzubrechen. Die wachsende Ungleichheit in der Verteilung der irdischen Güter erhöht den Eindruck von Ungerechtigkeit im Hinblick auf das sich ausgebildete System der internationalen Beziehungen.

18. Die christlichen Kirchen sind aufgerufen, die Erfordernisse der Gerechtigkeit, den Respekt vor den Traditionen der Völker und eine echte Solidarität mit allen Leidenden zu verteidigen. Wir Christen dürfen nicht vergessen, dass Gott das Törichte in der Welt erwählt hat, um die Weisen zuschanden zu machen. Das Schwache in der Welt hat Gott erwählt, um das Starke zuschanden zu machen. Und das Niedrige in der Welt und das Verachtete hat Gott erwählt: das, was nichts ist, um das, was etwas ist, zu vernichten, damit kein Mensch sich rühmen kann vor Gott (vgl. 1 Kor 1,27–29).

19. Die Familie ist die natürliche Mitte des menschlichen Lebens und der Gesellschaft. Wir sind über die Krise der Familien in vielen Ländern besorgt. Orthodoxe und Katholiken teilen die gleiche Auffassung über die Familie. Sie sind aufgerufen zu bezeugen, dass sie einen Weg zur Heiligkeit darstellt, der in der Treue der Eheleute in ihren gegenseitigen Beziehungen, in ihrer Offenheit für den Nachwuchs und für die Erziehung der Kinder, in der Solidarität zwischen den Generationen und der Achtung der Schwächsten zum Ausdruck kommt.

Veranstaltungen der Genossenschaft Zeit-Fragen an der Leipziger Buchmesse



Zeit-Fragen ist auch in diesem Jahr an der Leipziger Buchmesse vertreten. Der Stand befindet sich in Halle 4, Stand A107. Ausserdem lädt Zeit-Fragen im Rahmen von «Leipzig liest» zu 3 Veranstaltungen an der Messe und 3 Abendvorträgen mit Diskussion ein.

Eine gute Schule für unsere Kinder – auf das Menschenbild kommt es an

Referenten: Karl-Jürgen Müller (D), Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut Josef Nyari (D), Urs Knoblauch (CH)

Viele aktuelle «Bildungsreformen» bauen auf einem falschen Menschenbild auf. Es ist ökonomistisch und konstruktivistisch. Dem entsprechen aktuelle Bildungsreformen mit ihrer Betonung des selbstgesteuerten Lernens schon in der Grundschule. Der Lehrer soll seine Aufgabe darauf reduzieren, nur noch als distanzierter Instrukteur, als beratender «Lernbegleiter» und als «Coach» tätig zu werden. Gemeinsames Lernen in einer Klassengemeinschaft wird von einer Lernform verdrängt, die sich «individualisierend» nennt. Dem steht eine Erziehung und Bildung gegenüber, die an die Klassiker der europäischen Erziehungs- und Bildungslehre anknüpft, von einem personalen Menschenbild ausgeht und den Menschen als soziales Wesen sieht. Bildung ist ein Zusammenwirken im Sinne einer Ethik der sittlichen Vernunft, der sozialen Verbundenheit und des Gemeinwohls. Kinder und Jugendliche benötigen hiernach Erzieher und Lehrer, die sie in Beziehung an die Realität heranzuführen. In der Schule geht das am besten, wenn das Kind und der Jugendliche in einer Klassengemeinschaft sein Mit- und Gemeinschaftsgefühl weiterentwickeln und vertiefen kann sowie mit seinen Klassenkameraden gemeinsam lernt.

Donnerstag, 17. März 2016, 19.30–21.30 Uhr
Bibliothek Wiederitzsch, Zur Schule 10 a, 04158 Leipzig (Nord)

Diese Veranstaltung wird wiederholt am:
Samstag, 19. März 2016, 10.00–11.30
CCL Banketraum 1 (Messe Gelände)

Tüchtig fürs Leben erziehen. Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten

Referenten: Moritz Nestor, Psychologe (CH); Wolfgang van Biezen, Dipl.-Heilpädagoge (CH)

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingswelle und des sich zuspitzenden Kriegesgeschehens zwischen Hindukusch und Afrika sowie dem sich verschärfenden sozialen Elend stehen Pfarrer, Gemeindehelfer, Missionare, Sozialarbeiter und andere gerade in vielen sozialen Brennpunkten in Städten wie Leipzig vor immer schwereren Aufgaben: zerbrechende Ehen und Familien, im Stich gelassene, überforderte, alleinerziehende Mütter, heimatlose Kinder auf den Strassen, oft im frühen Alter sexualisiert, zunehmende Vereinzelung und Entsolidarisierung. Wegbrechen der Kirchen als geistige Heimat und Ort der Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit, die zunehmende soziale Not, Arbeitslosigkeit, schwindende Bildungschancen an den öffentlichen Schulen, zunehmende Resignation – aber auch Wut und steigende öffentliche Gewalt, auch unter immer jüngeren Kindern. Dies und vieles mehr fordert nur zu oft, das Herz zu härten für die bittere Realität, aber auch, es weich zu halten für die Menschen, die Kinder, die Mütter und Väter – und nicht zuletzt die ins Land geholten Flüchtlinge, die alle auch einmal Hoffnung auf ein besseres Leben hatten. Wie menschliche Gemeinschaften aufbauen helfen, wo Kinder aus prekären Elternhäusern ein Stück menschliche Wärme und Heimat finden? Wie lässt sich doch Bildung vermitteln, um den Kleinen doch ein Stück weit bessere Chancen zu ermöglichen und doch etwas Hoffnung in ihnen zu legen?

Donnerstag, 17. März 2016, 19.30–21.30 Uhr
Die Brücke – Begegnungshaus Leipzig, Zollkoffer Strasse 21, 04315 Leipzig (am Volksmarsdorfer Markt)

Lesen – ein Königsweg zur Gemütsbildung

Referent: Dr. Peter Küpfer (CH)

Lesen ist nicht nur eine elementare Kulturtechnik. Lesen schult das Vorstellungs- und Einfühlungsvermögen wie sonst kein anderes Medium. Insbesondere das Lesen menschlich ansprechender, literarisch ausgestalteter

Texte ist gerade heute elementar. Kinder und Jugendliche, welche solche Texte lesen, erleben ein Stück Welt mit den Augen eines anderen Menschen. Im Unterschied zum Film, zu Videos, auch zu Comics ist das Sich-Ver-senken in eine textlich gestaltete Geschichte ein unverzichtbares Hirn- und Seelentraining. Denn jedes vorkommende Bild, jedes Ereignis, jede Gemütsbewegung muss von der Leserin und dem Leser nachvollzogen, imaginiert, ausgemalt und mitvollzogen werden. Die daraus resultierende Reifung des Einfühlungsvermögens ist nicht nur eine intellektuelle, sie ist auch eine emotionale Leistung. Wo dieses Elementartraining der eigenen Gemütsbildung gepflegt und geschult wird, finden wirkliches Verständnis, echte Toleranz anderen Menschen gegenüber einen günstigen Boden. Die Schule, die Eltern, auch die Grosseltern (!) und unsere Kulturöffentlichkeit sind gefordert.

Freitag, 18. März 2016, 12.00–12.30 Uhr
Literaturcafé, Halle 4, B 600

Genossenschaftsprinzip – sozialetische Grundlagen

Referenten: Dietmar Berger (D), Dr. Eva-Maria Föllmer-Müller (CH), Dr. phil. René Roca (CH)

Die Referenten des heutigen Abends sind Dietmar Berger, ehemaliger Verbandspräsident des Mitteldeutschen Genossenschaftsverbandes, die Psychologin Dr. Eva-Maria Föllmer-Müller sowie der Historiker Dr. phil. René Roca (Forschungsinstitut direkte Demokratie). Aus der Geschichte der Genossenschaften können wir wertvolle Schlüsse für die Gegenwart ziehen. Es liegt in der Tradition der Genossenschaftsbewegung, auf aktuelle gesellschafts- und wirtschaftspolitische Herausforderungen einzugehen und konstruktive Lösungsansätze zu entwickeln respektive umzusetzen. Das Genossenschaftsprinzip zeichnet sich durch ein hohes Mass an Mitgestaltung und Mitbestimmung aus; deshalb ist die Genossenschaft anderen Unternehmensformen oft vorzuziehen. Das genossenschaftliche Prinzip beinhaltet Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens in Gleichwertigkeit und Freiheit und orientiert sich am Gemeinwohl. Genossen-

schaftliches Zusammenwirken ist eine Form menschlicher Lebensgestaltung in Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, die sich in unterschiedlichen Formen an vielen Orten der Welt entwickelt hat. In unserer modernen Zeit kann der genossenschaftliche Grundgedanke neue Lösungsansätze aufzeigen, vor allem, wenn es um die Bereiche der Grundversorgung geht. Eine intakte – auf die lokalen/regionalen Bedürfnisse ausgerichtete – Grundversorgung der Bevölkerung ist Voraussetzung für das Gemeinwohl und kann im Rahmen einer Genossenschaft sehr erfolgversprechend aufgebaut und unterhalten werden.

Freitag, 18. März 2016, 19.30 Uhr
Rechtsanwälte Viehweger Hartmann & Partner, Chopinstrasse 9, 04103 Leipzig (Zentrum)

Wenn die Volkssouveränität wirklich eine Wahrheit werden soll. Schweizerische direkte Demokratie in Theorie und Praxis

Referent: Dr. phil. René Roca (CH)

Im Rahmen von «Leipzig liest» lädt die Wochenzeitung Zeit-Fragen aus der Schweiz zu einer interessanten Buchpräsentation ein. Der Historiker Dr. phil. René Roca (Forschungsinstitut direkte Demokratie, Schweiz) wird dabei sein Buch vorstellen. Es trägt den Titel «Wenn die Volkssouveränität wirklich eine Wahrheit werden soll» und untersucht die schweizerische direkte Demokratie in Theorie und Praxis. Anhand des Beispiels des Kantons Luzern zeigt der Autor auf, wie die direkte Demokratie in einem schwierigen politischen Prozess Bestandteil der kantonalen Verfassung wurde. Auch in weiteren Kantonen wurde die direkte Demokratie eingeführt. Schliesslich gelang es, diese ebenso auf der Bundesebene durchzusetzen. Die direkte Demokratie in der Schweiz ist heute wie in keinem anderen Land ein zentraler Bestandteil der politischen Kultur. Die Kenntnis ihrer Geschichte ist für die Identität der Schweizer Bürgerinnen und Bürger wichtig und wirkt als Modell für andere, interessierte Länder.
Sonntag, 20. März 2016, 11.00–11.30 Uhr
Forum Sach- und Fachbuch, Halle 3, Stand H 200

«... möge diese Begegnung ein...»

Fortsetzung von Seite 7

20. Die Familie gründet sich auf der Ehe, dem Akt der freien und treuen Liebe eines Mannes und einer Frau. Die Liebe besiegelt ihre Verbindung und lehrt sie, sich gegenseitig als Geschenk anzunehmen. Die Ehe ist eine Schule der Liebe und der Treue. Wir bedauern, dass andere Formen des Zusammenlebens mittlerweile auf die gleiche Stufe dieser Verbindung gestellt werden, während die durch die biblische Tradition geheiligte Auffassung der Vaterschaft und der Mutterschaft als besondere Berufung des Mannes und der Frau in der Ehe aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgeschlossen wird.

21. Wir bitten alle, das unveräusserliche Recht auf Leben zu respektieren. Millionen Kindern ist selbst die Möglichkeit versagt, zur Welt zu kommen. Das Blut der ungeborenen Kinder schreit zu Gott (vgl. Gen 4,10).

Die Entwicklung der sogenannten Euthanasie führt dazu, dass die alten Menschen und die Kranken beginnen, sich als eine übermässige Last für ihre Familien und die Gesellschaft allgemein zu fühlen.

Wir sind auch besorgt über die Entwicklung der technischen Entwicklung der biomedizinischen Fortpflanzung, denn die Manipulierung des menschlichen Lebens ist ein Angriff auf die Grundlagen der Existenz des Menschen, der als Abbild Gottes erschaffen ist. Wir halten es für unsere Pflicht, an die Unveränderlichkeit der christlichen moralischen Grundsätze zu erinnern, die auf der Achtung der Würde des Menschen beruhen, der nach dem Plan Gottes ins Leben gerufen ist.

22. Heute möchten wir uns im besonderen an die jungen Christen wenden. Ihr, liebe Jugendliche, habt die Aufgabe, euer Talent nicht in der Erde zu verstecken (vgl. Mt 25,25), sondern alle Fähigkeiten, die Gott euch geschenkt hat, zu gebrauchen, um in der Welt die Wahrheiten Christi zu bekräftigen und in eurem Leben die im Evangelium verankerten Gebote der Gottes- und der Nächstenliebe zu ver-

körpern. Habt keine Angst, gegen den Strom zu schwimmen, wenn ihr die Wahrheit Gottes verteidigt, der sich die heutigen weltlichen Normen durchaus nicht immer angleichen.

23. Gott liebt euch und erwartet von jedem von euch, dass ihr seine Jünger und Apostel seid. Seid das Licht der Welt, damit die Menschen in eurer Umgebung eure guten Werke sehen und euren Vater im Himmel preisen (vgl. Mt 5,14.16). Erzieht eure Kinder im christlichen Glauben, gebt die kostbare Perle des Glaubens (vgl. Mt 13,46), die ihr von euren Eltern und euren Vorfahren empfangen habt, an sie weiter. Erinnert euch daran: «Um einen teuren Preis seid ihr erkaufte worden» (1 Kor 6,20), um den Preis des Kreuzestodes des Gottmenschen Jesus Christus.

24. Orthodoxe und Katholiken sind nicht nur durch die gemeinsame Tradition der Kirche des ersten Jahrtausends miteinander verbunden, sondern auch durch die Sendung, das Evangelium Christi in der Welt von heute zu verkünden. Diese Sendung beinhaltet die gegenseitige Achtung für die Mitglieder der christlichen Gemeinschaften und schliesst jede Form von Proselytismus aus.

Wir sind nicht Konkurrenten, sondern Geschwister, und von dieser Vorstellung müssen alle unsere wechselseitigen Unternehmungen wie auch die gegenüber der Aussenwelt geleitet sein. Wir fordern die Katholiken und die Orthodoxen aller Länder auf zu lernen, in Frieden, in der Liebe und in «Einmütigkeit» (Röm 15,5) zusammenzuleben. So darf man nicht zulassen, dass unlautere Mittel eingesetzt werden, um die Gläubigen zum Übertritt von einer Kirche zur anderen zu bewegen, und so ihre Religionsfreiheit und ihre Traditionen verneint werden. Wir sind berufen, nach der Regel des Apostels Paulus zu handeln: Ich habe «darauf geachtet, das Evangelium nicht dort zu verkündigen, wo der Name Christi schon bekanntgemacht war, um nicht auf einem fremden Fundament zu bauen» (Röm 15,20).

25. Wir hoffen, dass unsere Begegnung auch dort zur Versöhnung beitragen möge, wo Spannungen zwischen Griechisch-Katholi-

schon und Orthodoxen bestehen. Heute ist klar, dass die Methode des «Uniatismus» aus der Vergangenheit, der als Vereinigung einer Gemeinschaft mit der anderen durch ihre Loslösung von ihrer Kirche verstanden wurde, nicht eine Weise ist, die es ermöglicht, die Einheit wiederherzustellen. Dennoch haben die kirchlichen Gemeinschaften, die unter diesen historischen Umständen entstanden sind, das Recht zu existieren und alles zu unternehmen, was notwendig ist, um die geistlichen Ansprüche ihrer Gläubigen zu befriedigen, bei gleichzeitigem Bemühen, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben. Orthodoxe und Griechisch-Katholische haben es nötig, sich miteinander zu versöhnen und Formen des Zusammenlebens zu finden, die beiderseitig annehmbar sind.

26. Wir bedauern die Auseinandersetzung in der Ukraine, die bereits viele Opfer gefordert, unzählige Verwundungen bei den friedlichen Einwohnern verursacht und die Gesellschaft in eine schwere wirtschaftliche und humanitäre Krise geworfen hat. Wir laden alle Konfliktparteien zur Besonnenheit, zur sozialen Solidarität und zum Handeln ein, um den Frieden aufzubauen. Wir laden unsere Kirchen in der Ukraine ein zu arbeiten, um zur gesellschaftlichen Eintracht zu gelangen, sich einer Beteiligung an der Auseinandersetzung zu enthalten und nicht eine weitere Entwicklung des Konfliktes zu unterstützen.

27. Wir hoffen, dass die Kirchenspaltung unter den orthodoxen Gläubigen in der Ukraine auf der Grundlage der bestehenden kanonischen Regelungen überwunden werden kann, dass alle orthodoxen Christen der Ukraine in Frieden und Eintracht leben und dass die katholischen Gemeinschaften des Landes auch dazu beitragen, so dass unsere christliche Brüderlichkeit immer deutlicher sichtbar wird.

28. In der vielgestaltigen und doch durch eine gemeinsame Bestimmung vereinten Welt von heute sind Katholiken und Orthodoxe berufen, in der Verkündigung der Frohen Botschaft brüderlich zusammenzuarbeiten und gemeinsam die ethische Würde und die authentische

Freiheit der Person zu bezeugen, «damit die Welt glaubt» (Joh 17,21). Diese Welt, in der die geistigen Grundpfeiler des menschlichen Lebens in zunehmendem Mass verschwinden, erwartet von uns ein starkes christliches Zeugnis in allen Bereichen des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Von unserer Fähigkeit, in diesen schwierigen Zeiten gemeinsam Zeugnis zu geben für den Geist der Wahrheit, hängt zum grossen Teil die Zukunft der Menschheit ab.

29. In diesem kühnen Zeugnis für die Wahrheit Gottes und die Frohe Botschaft möge uns der Gottmensch Jesus Christus, unser Herr und Erlöser, unterstützen, der uns geistig mit seiner untrüglichen Verheissung stärkt: «Fürchte dich nicht, du kleine Herde! Denn euer Vater hat beschlossen, euch das Reich zu geben.» (Lk 12,32!)

Christus ist die Quelle von Freude und Hoffnung. Der Glaube an ihn verwandelt das menschliche Leben und erfüllt es mit Sinn. Davon haben sich durch die eigene Erfahrung alle überzeugen können, auf die man die Worte des Apostels Petrus beziehen kann: «Einst wart ihr nicht sein Volk, jetzt aber seid ihr Gottes Volk; einst gab es für euch kein Erbarmen, jetzt aber habt ihr Erbarmen gefunden» (1 Petr 2,10).

30. Erfüllt von Dank für das Geschenk des gegenseitigen Verstehens, das während unserer Begegnung zum Ausdruck kam, schauen wir dankbar auf die Allerseligste Gottesmutter und rufen sie mit den Worten dieses alten Gebetes an: «Unter den Schutz und Schirm fliehen wir, o heilige Gottesmutter». Möge die selbige Jungfrau Maria durch ihre Fürbitte alle, die sie verehren, zur Brüderlichkeit ermutigen, damit sie zur von Gott bestimmten Zeit in Frieden und Eintracht in einem einzigen Gottesvolk vereint seien, zur Ehre der Allerheiligsten und unteilbaren Dreifaltigkeit!

Franziskus, Bischof von Rom, Papst der Katholischen Kirche und Kyrill, Patriarch von Moskau und der ganzen Rus

12. Februar 2016, Havanna (Kuba)